Deutscher Bundestag **Drucksache 18/13662**

18. Wahlperiode 29.09.2017

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 30. Mai bis 1. Juni 2014 in Wilna, Litauen

Inhaltsverzeichnis

Seite

1 Mitglieder der deutschen Delegation 2
2 Ablauf der Tagung 2
3 Politischer Ausschuss (PC) 2
4 Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC) 4
5 Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC) 6
6 Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS) 9
7 Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC) 12
8 Plenarsitzung 15
Abkürzungsverzeichnis 19
Anlage: Erklärungen 408 bis 410 20

1. Mitglieder der deutschen Delegation

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:

Deutscher Bundestag:

Abgeordneter Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers (CDU/CSU), Leiter der Delegation,
Abgeordnete Ulla Schmidt (SPD), stellvertretende Leiterin der Delegation,
Abgeordneter Robert Hochbaum (CDU/CSU),
Abgeordneter Wolfgang Hellmich (SPD),
Abgeordneter Dr. Alexander S. Neu (DIE LINKE),
Abgeordneter Dr. Tobias Lindner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bundesrat:

Minister Lorenz Caffier (CDU), Mecklenburg-Vorpommern, Leiter der Delegation
Minister Jörg Geibert (CDU), Thüringen,
Minister Ralf Jäger (SPD), Nordrhein-Westfalen,
Minister Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Baden-Württemberg
Senator Frank Henkel (CDU), Berlin,
Senator Ulrich Mäurer (SPD), Bremen

2. Ablauf der Tagung

Die Sitzungen der Fachausschüsse fanden am Samstag, 31. Mai 2014, und Sonntag, 1. Juni 2014, statt. Das Plenum tagte am Freitag, 30. Mai 2014.

3. Politischer Ausschuss (PC)

Der Politische Ausschuss tagte am Samstag, dem 31. Mai 2014, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **José Lello** (Portugal).

I. Ansprache des Außenministers der Republik Litauen, Linas Antanas Linkevičius, zum Thema „Entwicklungen im Osten Europas aus litauischer Sicht“

Nach Außenminister **Linas Antanas Linkevičius** stellten die bewaffneten Zusammenstöße zwischen den ukrainischen Regierungstruppen und den von der Russischen Föderation unterstützten Separatisten nicht nur für die Ukraine, sondern auch für die NATO eine große Herausforderung dar. Aus Rücksicht auf die Russische Föderation hätten es die NATO-Staaten auf ihrem Gipfel 2008 in Bukarest (Rumänien) unterlassen, der Ukraine und Georgien das klassische Beitrittsinstrument eines *Membership Action Plan* (MAP) einzuräumen. Er forderte die Alliierten auf, gegenüber der Russischen Föderation nun angemessen zu reagieren und weitere Sanktionen bei Verstößen gegen internationale Verpflichtungen zu verhängen. Er warnte auch vor der Gefahr eines Wiederaufflammens des Konfliktes um Transnistrien.

In der anschließenden Diskussion ging es um die Schlagkraft der russischen Propaganda, um Möglichkeiten einer weiteren Unterstützung der Ukraine durch die NATO und um die Energieabhängigkeiten der EU. Abgeordneter **Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers** (Deutschland) berichtete von einer Dienstreise in das Baltikum sechs Wochen zuvor und betonte, dass die Stationierung von Truppen im Rahmen der 1997 von der NATO und der Russischen Föderation unterzeichneten Gründungsakte für die baltischen Staaten von großer Bedeutung sei.

II. Beratung des Berichtsentwurfs „NATO-Partnerschaften und die Politik der offenen Tür des Bündnisses“ der Berichterstatterin Abgeordnete Rasa Juknevičienė (Litauen)

Die Berichterstatterin des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“, Abgeordnete **Rasa Juknevičienė** (Litauen), unterstrich mit der Vorstellung ihres Berichtsentwurfes „NATO-Partnerschaften und die Politik der offenen Tür“ die Bedeutung der NATO-Partnerschaften für das Bündnis. Die Ukraine sei der einzige Partnerstaat,

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

der sich an allen NATO-Einsätzen beteiligt habe. Sie trat für eine Vertiefung der Beziehungen der NATO mit gleichgesinnten Staaten wie etwa Finnland, Schweden und Australien sowie mit den Staaten Bahrain, Katar, Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten ein. Sie forderte die Alliierten auf, anlässlich des nächsten NATO-Gipfels im September 2014 in Wales (Vereinigtes Königreich) einen *MAP* für Georgien zu eröffnen. Sie teilte den Delegierten mit, dass Litauen und Polen entschieden hätten, mit der Ukraine eine trilaterale Brigade zu gründen. Dies solle den ukrainischen Streitkräften helfen, NATO-Standards zu erreichen.

In den Beratungen ging es vor allem um die Perspektive eines *MAP* für Georgien. Die georgische Delegation bat darum, die russischen Angriffe gegen Abchasien und Südossetien im Bericht deutlicher zu verurteilen.

III. Vortrag des Autors und Journalisten Ahmed Rashid (Pakistan) zum Thema „aktuelle Entwicklungen in Afghanistan und ihre Folgen für die Strategie nach 2014“

Mit dem Autor und Journalisten **Ahmed Rashid** (Pakistan) diskutierte der Ausschuss über die aktuellen Entwicklungen in Afghanistan und ihre Folgen für die Strategie der NATO nach 2014. Ahmed Rashid hob die Bedeutung der Präsidentschaftswahl in Afghanistan hervor. Es sei der erste demokratische Machtwechsel in der Geschichte des Landes der letzten zwei Jahrhunderte. Während die internationale Hilfe abnehme, würde das Land in den nächsten fünf Jahren sieben bis acht Milliarden Dollar jährlich brauchen, um Wirtschaft, öffentliche Dienste sowie Sicherheitskräfte aufzubauen. Er betonte die zentrale Rolle Pakistans in den Friedensverhandlungen mit den Taliban, auch wenn das Land durch zahlreiche interne Konflikte geschwächt sei. Voraussetzung für die Versöhnung innerhalb Afghanistans sei eine umfassende regionale Beilegung des Konflikts.

In der Aussprache diskutierte der Ausschuss das institutionelle System Afghanistans. Ahmed Rashid ergänzte, dass die Entwicklung einer dezentraleren Struktur oder gar eine Verfassungsreform nach 2014 durchaus möglich erscheine. Die Delegierten waren sich einig, dass die erzielten Fortschritte hinsichtlich der Rechte der Frauen in Afghanistan den Friedensverhandlungen mit den Taliban nicht geopfert werden dürften. Der Journalist plädierte für einen vertieften Dialog zwischen Indien und Pakistan sowie für mehr politisches Engagement der Vereinten Nationen (VN) für Afghanistan.

IV. Podiumsdiskussion mit den NATO-Botschaftern Gabriele Checchia (Italien, Rudy Huygelen (Belgien) und Thomas Valasek (Slowakei) zum Thema „NATO-Gipfel in Wales“

Die drei Botschafter und ständigen Vertreter bei der NATO, **Gabriele Checchia** (Italien), **Rudy Huygelen** (Belgien) und **Tomas Valasek** (Slowakei) gingen auf drei Tagesordnungspunkte des kommenden Gipfels ein. Botschafter **Gabriele Checchia** vertrat, dass die beim NATO-Einsatz in Afghanistan erreichte Interoperabilität zwischen den Streitkräften der NATO-Mitgliedstaaten künftige Kapazitäten stärken werde. Botschafter **Rudy Huygelen** betonte die Bedeutung der NATO-Partnerschaften und plädierte insbesondere für engere Beziehungen mit der Ukraine, der Republik Moldau, Georgien sowie mit Bosnien und Herzegowina, Montenegro und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. Botschafter **Tomas Vasalek** befasste sich mit dem Ausbau von NATO-Kapazitäten und Interoperabilität vor dem Hintergrund gekürzter Verteidigungshaushalte.

Anschließend diskutierten die Delegierten die Rolle der NATO bei der Stabilisierung der Lage in Zentralasien und in Libyen.

V. Beratung des Berichtsentwurfs „Die NATO nach 2014“ der Berichterstatterin Abgeordnete Jadwiga Zakrzewska (Polen)

Abgeordnete **Jadwiga Zakrzewska** (Polen) informierte als Berichterstatterin des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen" über die „Perspektiven der NATO nach 2014“. Wegen der Krim-Krise, der auslaufenden Mission der *International Security Assistance Force* (ISAF) und der andauernden Instabilität an den südlichen Grenzen der Allianz sei 2014 ein Jahr der Weichenstellung für die NATO. In ihrem Berichtsentwurf warnte sie vor der Gefahr unbedachter Kürzungen der Verteidigungshaushalte. Eine glaubwürdige Abschreckung basiere auf der Bereitschaft, Streitkräfte notfalls auch einzusetzen. Mit Blick auf die Krise in der Ukraine vertrat die Berichterstatterin die Auffassung, dass die Alliierten ihre Militärpräsenz in Zentral- und Osteuropa ausbauen sollten. Die Delegierten waren sich einig, dass die Entwicklungen in Afrika ebenfalls eine gewaltige Herausforderung für die NATO darstellten. In der Diskussion betonte Abgeordneter **Haidara Aichata Cissé** (Mali) das Risiko, dass libysche Waffenbestände in die Hände von Terroristen gelangten.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

VI. Beratung des Berichtsentwurfs „Die sich verändernde Sicherheitsdynamik an der Südost-Grenze der NATO – Auswirkungen auf die transatlantische Zusammenarbeit“ des Generalberichterstatters Abgeordneter Ojars Eriks Kalnins (Lettland)

Die zunehmende Bedeutung des Iran für die regionale Sicherheit im Nahen Osten und in Nordafrika (MENA-Region) sowie die Bürgerkriege in Syrien und Irak wurden auch im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Nachbarländer diskutiert. Der Generalberichterstatter Abgeordneter **Ojars Eriks Kalnins** (Lettland) forderte die Alliierten in seinem Bericht auf, eine gemeinsame Politik gegenüber Syrien und Irak zu entwickeln und einen Krisenplan für den Fall vorzubereiten, dass die Ausbreitung der Dschihadisten die Sicherheit der Türkei gefährde. Mehrere Delegierte forderten Maßnahmen, um die Lage der syrischen Flüchtlinge zu verbessern und um zu vermeiden, dass das Land eine gesamte Generation verliere.

4. Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)

Der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit tagte am Sonntag, 1. Juni 2014, unter dem Vorsitz der Abgeordneten **Nicole Ameline** (Frankreich).

I. Ansprachen des Verteidigungsministers der Republik Litauen, Juozas Olekas, und des Generalstabschefs der Republik Litauen, General Arvydas Pocius

Verteidigungsminister **Juozas Olekas** (Litauen) erklärte, das russische Vorgehen stelle das NATO-Bündnis insbesondere aufgrund der Anwendung neuer unkonventioneller Waffen wie der hybriden Kriegsführung (*hybrid warfare*) vor große Herausforderungen. Die Einmischung der Russischen Föderation in den ukrainischen Souveränitätsbereich sei kein isolierter Ausnahmetatbestand, sondern entspreche dem Muster der russischen Invasion in Georgien im Jahre 2008. Dieser Umstand beunruhige die baltischen Staaten besonders, auch wenn sie unter dem Schutz gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrags stünden. Deshalb würden sie ihre Verteidigungsausgaben erhöhen und noch stärker zu NATO-Manövern beitragen. Juozas Olekas lobte die Einrichtung einer litauisch-polnisch-ukrainischen Brigade, plädierte für einen *MAP* für Georgien und eine verstärkte Partnerschaft mit der Republik Moldau. Er empfahl, der Russischen Föderation aus einer Position der Stärke heraus zu begegnen. Generalstabschef **Arvydas Pocius** (Litauen) vertrat, dass das Vorgehen der Russischen Föderation in der Ukraine die Wahrnehmung konventioneller Bedrohungen in Europa dramatisch verändert habe. Als Konsequenz müsse die kollektive Verteidigung gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrags wieder stärker im Mittelpunkt der Strategie des NATO-Bündnisses stehen. Vor diesem Hintergrund sei *Smart Defence* elementar für die Zukunftsfähigkeit des Bündnisses. Er forderte nicht nur luftpolizeiliche Maßnahmen im Baltikum, sondern auch Gerät zur Abwehr ballistischer Flugkörper sowie den Einsatz von Nachrichten-, Überwachungs- und Aufklärungssystemen (ISR).

In der nachfolgenden Diskussion wurde von einigen Abgeordneten vertreten, dass der Eindruck einer relativen Schwäche der Allianz gegenüber der Russischen Föderation eher auf einen Mangel an politischem Willen als auf einen Mangel an wirtschaftlichen oder militärischen Ressourcen zurückzuführen sei. Beide Redner stellten heraus, dass die Umstrukturierung der litauischen Streitkräfte im Übergang von der Wehrpflicht zu einer Berufsarmee Fortschritte mache und dass Litauen auf dem besten Wege sei, das Ziel eines Verteidigungshaushaltes in Höhe von zwei Prozent des Bruttosozialproduktes (BSP) zu erreichen.

II. Vortrag von Dr. Isabelle Facon, *Senior Research Fellow* an der *Fondation pour la recherche stratégique* in Paris, zum Thema „Russischer regionaler Revisionismus“

Dr. Isabelle Facon, *Senior Research Fellow* an der *Fondation pour la recherche stratégique* stellte die Ukraine, Transnistrien und den Kaukasus als Opfer eines russischen Regional-Revisionismus dar. Den russischen Einfluss in post-sowjetischer Zeit zu rehabilitieren und das Projekt einer Eurasischen Union seien für den Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, die höchsten Prioritäten der Außenpolitik seiner zweiten Amtszeit. Ziel territorialer Expansionspläne im „nahen Ausland“ sei es, Bedrohungen von den russischen Gebieten fernzuhalten. Diese Strategie spiegle sich in nuklearen und ballistischen Einsatzplänen wider. Auch die durch die Staatsduma befürwortete militärische Gewaltanwendung mit dem Ziel, russischsprachige Minderheiten im Ausland zu schützen, sowie die Unterhaltung militärischer Einrichtungen im Ausland, sei es in Syrien oder in Sewastopol, folgten diesem Ansatz. Sowohl die östlichen Partnerschaften der NATO als auch die Assoziierungsabkommen der EU habe die Russische Föderation als Eindämmungsstrategie empfunden. Vor diesem Hintergrund gebe es nun drei Aufgaben für die NATO: Schaffung eines Konzeptes für den euroatlantischen Raum, Ergreifen von Vertrauensmaßnahmen zur Stärkung der osteuropäischen Staaten und Wiederaufnahme

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

des Dialoges mit der Russischen Föderation. In der anschließenden Fragerunde standen die NATO-Fähigkeiten, die Möglichkeiten auf eine hybride Kriegführung zu reagieren sowie die langfristigen Auswirkungen der Annexion der Krim im Mittelpunkt. Betont wurde auch die Doppelzüngigkeit Präsident Putins, der einerseits die Grundsätze der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten verteidige und andererseits in der Ukraine gegen das Völkerrecht verstoße. Der starken Rolle der Russischen Föderation als großer Anbieter im Energiebereich müssten die NATO und die EU langfristig mit einer Alternativstrategie begegnen, waren sich die Delegierten einig.

III. Beratung des Berichtsentwurfs „Afghanistan 2014: NATO und Staatengemeinschaft am Scheideweg“ des Generalberichterstatters Abgeordneter Julio Miranda Calha (Portugal)

Generalberichterstatter Abgeordneter **Julio Miranda Calha** (Portugal) stellte seinen Bericht vor, wonach die afghanischen Sicherheitskräfte (ANSF) aufgrund von Fähigkeitslücken, mangelhafter Führung und verbreiteter Korruption auch nach 2014 internationale Unterstützung benötigten, um nicht der nächsten Aufstandsbewegung zu erliegen. Er unterstrich die Bedeutung der post-ISAF-Operation *Resolute Support*, um die ANSF und die regionale Terrorismusbekämpfung zu unterstützen. Das langfristige strategische Interesse der NATO in Afghanistan speise sich insbesondere aus der andauernden Bedrohung durch den Terrorismus und dem internationalen Kampf gegen den Drogenhandel. Der wachsende Einfluss von Kriegsherren in und um Afghanistan und dessen Auswirkung auf die Region sei nicht zu unterschätzen.

Bei der sich anschließenden Diskussion waren sich die Delegierten einig, dass die Allianz Afghanistan jetzt nicht verlassen dürfe, da dies allen bisherigen Anstrengungen zum Trotz ein Auseinanderbrechen der afghanischen Streitkräfte sowie den Zusammenbruch der afghanischen Institutionen zur Folge hätte. Abgeordneter **Calha** war optimistisch, dass der Gewinner der Präsidentschaftswahlen in Afghanistan das bilaterale Sicherheitsübereinkommen mit den Vereinigten Staaten unterschreiben werde. Der afghanische Delegierte **Khalid Pashtun** bat den Berichterstatter darum, in seinem Bericht die umstrittene Freilassung von fünf hochrangigen Taliban zu erwähnen. Sie seien gegen einen amerikanischen Kriegsgefangenen ausgetauscht worden.

IV. Beratung des Berichtsentwurfs „Regionale und weltweite Auswirkungen des syrischen Bürgerkriegs: welche Rolle spielt die NATO?“ des Berichterstatters Abgeordneter Andrzej Szewinski (Polen)

Berichterstatter Abgeordneter **Andrzej Szewinski** (Polen) führte aus, der syrische Bürgerkrieg habe nach vier Jahren einen kritischen Wendepunkt erreicht und stelle heute eine regionale, gar eine globale Bedrohung dar. Der Kampf um die Macht in Syrien habe jede Lösungsbemühung scheitern lassen, Rebellen radikalisiert, zehntausende ausländische Kämpfer angezogen und das Wiederauftreten ausgerotteter Pandemien verursacht. In den Schlussfolgerungen wird empfohlen, die direkten Hilfszahlungen an die am unmittelbarsten von den syrischen Kriegsflüchtlingen betroffenen Regierungen zu erhöhen und die informationsdienstliche Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten zu verbessern. Ohne umfassende regionale und internationale Abstimmung gebe es auch langfristig keine Aussicht auf eine politische Lösung. Bei der sich anschließenden Diskussion wurde die Frage aufgeworfen, inwiefern Katar und Saudi Arabien in den Konflikt eingriffen. Der Berichterstatter riet von Waffenlieferungen an Oppositionsgruppen ab, da ein hohes Risiko bestehe, dass Waffen an Extremisten gelangten.

In der Diskussion äußerten mehrere Delegierte ihre Besorgnis über die Auswirkungen des syrischen Krieges auf die Türkei, insbesondere was die Sicherheitslage in den Flüchtlingslagern angehe. Debattiert wurde auch über die Rolle der VN in Syrien sowie über die Schaffung von humanitären Korridoren. Mehrere Delegierte sprachen sich für die strafrechtliche Verfolgung von Ausreisenden aus, die als Kämpfer in den syrischen Bürgerkrieg zögen. Auf Nachfrage stellte der Berichterstatter klar, dass die Russische Föderation nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich das Regime des syrischen Staatspräsidenten Baschar al Assad unterstütze.

V. Vortrag von Professor Lanxin Xiang, *Graduate Institute of Development and International Studies* in Genf, zum Thema „Wachsende Militarisierung der Asien/Pazifik-Region"

Eingangs betonte **Professor Lanxin Xiang**, Professor für internationale Geschichte und Politik am *Graduate Institute of Development and International Studies* in Genf, der asiatisch-pazifische Raum sei die einzige Region ohne bedeutendes kollektives Sicherheitssystem. Zugleich zeichne sie sich seit Jahrzehnten nicht nur durch das höchste Wirtschaftswachstum, sondern auch durch die am stärksten zunehmende Militarisierung aus. Die Orientierung der Vereinigten Staaten von Amerika nach Asien sei begleitet von zahlreichen Missverständnissen auf beiden Seiten und habe bislang keinen gemeinsamen konzeptionellen Rahmen zutage gefördert. Während die Vereinigten Staaten die Volksrepublik China als einen Gewinner der Globalisierungsentwicklungen der letzten Jahre begriffen, dessen Margen ausgeschöpft seien, sehe sich China selbst noch nicht am Ende seines

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Wirtschaftswachstums und Potenzials für eine Wiederherstellung der eigenen Weltmachtstellung. Wachsende regionale Spannungen seien auf nationale Herausforderungen zurückzuführen, wie etwa die Legitimationskrise Chinas aufgrund von Korruption oder die seit 1990 andauernde Rezession in Japan.

Auf Nachfrage von Delegierten erklärte Lanxin Xiang, dass der Einfluss Chinas auf die nordkoreanische Führung eher gering sei. Der im Mai 2014 zwischen der Russischen Föderation und der Volksrepublik China vereinbarte Vertrag über die Lieferung von Erdgas im Wert von 400 Milliarden US-Dollar sei ein Zeichen dafür, dass die Beziehungen zwischen beiden Staaten mehr als eine Vernunftehe sei. Es zeichne sich eine wirtschaftliche und geopolitische Kooperation ab, die geeignet zu sein scheine, das historische Misstrauen beider Länder zu überwinden.

VI. Beratung des Berichtsentwurfs „*Smart Defence*: der Erwerb von Plattformen angesichts neuer Technologien – Drohnen: eine Fallstudie“ des Berichterstatters Senator Xavier Pintat (Frankreich), vorgestellt von Senator Daniel Reiner (Frankreich)

Senator **Daniel Reiner** (Frankreich) stellte den Berichtsentwurf von Senator **Xavier Pintat** (Frankreich), Berichterstatter des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“, vor. Zahlreiche internationale Krisen und Herausforderungen, denen sich die EU-Mitgliedstaaten in der NATO stellen müssten, sowie Kürzungen der Verteidigungsbudgets in allen Mitgliedstaaten machten die Entwicklung von neuen strategischen Lösungen nach dem *Smart Defence*-Konzept erforderlich. Was fehle, sei ein europäisches Drohnensystem, insbesondere in der MALE-Kategorie (*medium altitude, long-endurance*), obwohl die industrielle Grundlage hierfür vorhanden sei. Er forderte die EU-Mitgliedstaaten auf, ein gemeinsames Programm für die Herstellung und den Erwerb einer europäischen MALE-Drohne im Rahmen der EU zu unterstützen und begrüßte den Vorschlag von drei europäischen Luftfahrtindustriegesellschaften, das Projekt „EuroMALE2020“ einzuführen. Unbemannte Luftfahrzeuge würden nicht nur die Fähigkeit zur Feindaufklärung erhöhen, sondern auch zur Bekämpfung des Feindes bei geringer Gefährdung der eigenen Soldaten beitragen.

In der abschließenden Aussprache verwies Abgeordneter **Wolfgang Hellmich** (Deutschland) auf die hierzu am 30. Juni 2014 geplante öffentliche Anhörung im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages. Der Ausschuss habe Sachverständige geladen, um sie zu völker- und verfassungsrechtlichen, sicherheitspolitischen und ethischen Aspekten des Einsatzes von unbemannten Luftfahrzeugen, die über die Aufklärungsfähigkeiten hinaus auch weitergehende Kampffähigkeiten aufwiesen, zu befragen. Senator **Daniel Reiner** (Frankreich) ergänzte, dass eine europäische MALE-Drohne flexibel konstruiert und sowohl als bewaffnete wie als nicht bewaffnete Variante zur Verfügung stehen sollte. Die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) arbeite derzeit an deren Zertifizierung.

VII. Geplante Aktivitäten im Jahr 2014

Die stellverstretende Vorsitzende des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten", Abgeordnete **Angelien Eijsink** (Niederlande), unterrichtete ihre Ausschusskollegen im Namen des Vorsitzenden Raymond Knops (Niederlande) über eine Anfang Juli 2014 geplante Reise nach Boston, Vereinigte Staaten von Amerika, zum Thema „Neue Technologien in der Verteidigungsindustrie“. Vorgesehen seien auch eine Führung durch das *NATO Allied Command Transformation (ACT)* in Norfolk und Gespräche in Washington.

5. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, 31. Mai 2014, unter dem Vorsitz des Abgeordneten Petras Austrevizius (Litauen). Zentrale Themen der Sitzung waren der Konflikt in der Ukraine, die Neuausrichtung der USA und Europas in Richtung Asien, die Wirtschaftsintegration im Mittelmeerraum und das Transatlantische Freihandelsabkommen.

I. Vortrag von Dalius Misiunas, Vorstandsvorsitzender von Lietuvos Energija, UAB (größter litauischer Stromversorger), zum Thema „Die litauische Energie: eine regionale Perspektive"

Dalius Misiunas begann seine Ausführung mit dem Hinweis auf den *Baltic Energy Market Interconnection Plan* (BEMIP), ein Plan zur Verbindung der Strom- und Gasnetze aller Ostseeanrainer als Teil der Transeuropäischen Netze. Die Hauptziele seien die vollständige Integration des Baltikums in den Europäischen Strom-

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

und Gasmarkt und die Verbesserung der Verbindungen zwischen dem Baltikum und seinen Nachbarstaaten. Neben den infrastrukturellen Veränderungen sehe der Plan auch die Schaffung einer gemeinsamen nordeuropäisch-baltischen Handelsplattform für Strom und die Deregulierung der baltischen Strommärkte vor. Litauen habe bis 2010 durch sein Kernkraftwerk in Ignalina Strom exportieren können. Nach der Stilllegung müsse inzwischen über die Hälfte des Bedarfs importiert werden. Sein Land habe im Jahr 2013 den höchsten Gaspreis in der EU gezahlt, man strebe eine deutliche Reduzierung der Abhängigkeit von Russland an. Litauen wolle seine Energiesicherheit verbessern und die Importe diversifizieren. Er erwähnte in diesem Zusammenhang den Bau eines neuen Kernkraftwerks in Visaginas sowie das Flüssiggasterminal in Finnland, das Anfang 2015 in Betrieb genommen werden soll.

Auf eine Frage des Abgeordneten **Peter Bottemley** (Vereinigtes Königreich) erklärte **Dalius Misiunas**, die baltischen Länder hätten gemeinsame Interessen, nur die Voraussetzungen für die eigene Energiegewinnung seien sehr unterschiedlich. Litauen habe immer auf Kernkraft gesetzt, während Estland über große Schiefergasvorkommen verfüge und Lettland die Hälfte seines Strombedarfs aus Wasserkraft decken könne. Senatorin **Nathalie Goulet** (Frankreich) bat um Informationen zu den Umwelt- und Sicherheitsstandards des geplanten Kernkraftwerks vor dem Hintergrund des Atomausstiegs anderer Länder. **Dalius Misiunas** wies auf modernste Techniken hin und erklärte, Litauen beteilige sich an dem Ziel der EU zur Senkung des CO_2-Ausstoßes. Eine Energieversorgungsstrategie mit einer starken Infrastruktur zur optimalen Ausnutzung der Ressourcen sei das langfristige Ziel.

II. Vortrag von Andrei Illarionov, Senior Fellow, *Cato Institute's Centre for Global Liberty and Prosperity* in Washington D.C., zum Thema „Die politische und ökonomische Situation in der Ukraine und die Beziehungen zu Russland und dem Westen"

Aus seiner Sicht erläuterte **Andrei Illarionov** die langfristigen Absichten Putins vor dem Hintergrund der Annexion der Krim. Das Verhalten Russlands sei nicht neu und käme nicht unerwartet, der neue Konflikt sei seit vielen Jahren sorgfältig geplant gewesen. Eine historische Verbindung bestünde zwischen den jüngsten Ereignissen und dem Georgienkonflikt, den der Westen nicht analysiert und daraus keine Lehre gezogen habe. Auch sei die Methode in der Ukraine vergleichbar der Annexion des Baltikums in den 1940er Jahren. Putin legitimiere die Annexion der Krim als historisches Erbe und berufe sich dabei auf die Verteidigung der Interessen der russischen Landsleute jenseits der Grenzen. Ein Großteil der russischen Bevölkerung habe das Auseinanderbrechen der Sowjetunion quasi als Amputation empfunden, Putin wolle nun den Verlust von Macht und Einfluss stoppen. Der Konflikt sei ein deutliches Zeichen von neuer machtpolitischer Entschlossenheit vor dem Hintergrund der Westorientierung der Ukraine. Andrei Illarionov sprach von der Absicht ein "Neurussland" zu schaffen, wo die Ukraine nur als ein Territorium und nicht als selbständiger Staat gesehen werde. Abschließend sprach er von hybrider Kriegsführung vor dem Hintergrund der Verflechtung eines Informations- und Propagandakrieges mit wirtschaftlichen Druckmitteln, vor allem im Energiebereich. Als Fazit des geschilderten Szenarios empfahl Andrei Illarionov den westlichen Ländern die Entwicklung einer Gegenstrategie sowie einer begleitenden neuen Militärdoktrin. Es müssten Lehren aus dem Verhalten und den Absichten Russlands gezogen sowie eine Neudefinition von Aggression im internationalen Recht verankert werden. Der liberale Westen und das autoritäre Russland handelten auf unterschiedlichen Ebenen. Krisenpolitische Hilflosigkeit und fehlende Eskalationsdominanz sowie Naivität würden von Putin als eklatante Schwäche geschickt ausgenutzt. Zu einer stabilen Lösung gehörten vor allem Gewaltverzicht, Empathie und eine gemeinsame Verantwortung für die Sicherheitsgestaltung. Ein militärischer Krieg sei nicht zu gewinnen.

In der Diskussion fragte Senatorin **Nathalie Goulet** (Frankreich), warum die Nachrichtendienste die Entwicklungen nicht rechtzeitig erkannt hätten. **Andrei Illarionov** sagte, schon nach den unerwarteten Vorfällen 2008 in Georgien habe der Westen weder Konsequenzen gezogen noch versucht, die Absicht Russlands zu verstehen. Auch sei der Westen berechenbar aufgrund seiner Aussage, dass in die Konflikte militärisch nicht eingegriffen werde. Putin wolle die Ukraine und Georgien als Puffer für sein Land gegenüber der EU und der NATO. Auf die Frage des Abgeordneten **Faik Oztrak** (Türkei) nach den Sanktionen erklärte **Andrei Illarionov**, die Wirkung sei gering, da sich Russland seit längerem auf die Isolation vorbereitet habe. Auch gebe es keinerlei Zeichen der Uneinigkeit bei der russischen Elite im harten autoritären System. Auf die Frage des Abgeordneten **Rostyslav Pawlenko** (Ukraine) nach einem Ansatzpunkt antwortete **Andrei Illarionov**, die Hoffnung liege in den langfristigen Reaktionen der russischen Gesellschaft auf das Regime und das Einfordern von Demokratie und Rechtstaatlichkeit. Abschließend erklärte er, auch die VN müssten immer wieder an ihre Grundsätze und Prinzipien erinnern.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

III. Vortrag von Lanxin Xiang, Professor für internationale Geschichte und Politik, *Graduate Institute of International and Development Studies* in Genf, zum Thema „Die chinesische Perspektive der Neuausrichtung der USA und Europas in Richtung Asien"

Professor Lanxin Xiang erläuterte, der Asien-Pazifik-Raum sei der am stärksten militarisierte und damit gefährlichste Raum der Erde. Das sei paradox vor dem Hintergrund des stark gestiegenen Wohlstands in der Region. Die Sicherheitslage habe sich jedoch verschärft und es gebe kaum Friedensbemühungen. Er beklagte, Europa beteilige sich zu wenig daran, ein geopolitisches Gleichgewicht herzustellen. China würde eine größere Rolle Europas in der Region sehr begrüßen. Ein neuer Nationalismus und strategisches Misstrauen gegenüber den USA seien zu beobachten. Allerdings gebe es auf Seiten der USA und Chinas auch viele Missverständnisse und Fehldeutungen der Absichten. China sehe in seiner Entwicklung eine Wiederherstellung der Normalität, der Begriff „Aufstieg" verkenne Chinas lange Tradition als wohlhabendes und mächtiges Land.

In der Diskussion wurde nach den bilateralen Beziehungen Chinas zu seinen asiatischen Nachbarn und Russland gefragt. **Lanxin Xiang** erläuterte, die Strategie sei die Schaffung eines Gegengewichts zu den USA. Russland sei auch aus diesem Grund ein wichtiger Handelspartner. Allerdings beunruhige Russland die Dominanz Chinas in den ehemaligen Sowjetrepubliken. Auf die Frage nach einem Demokratisierungsprozess führte **Lanxin Xiang** aus, China bevorzuge den Begriff „Pluralismus" vor dem Hintergrund der Geschichte, Tradition, Autorität der Partei und der Größe des Landes.

IV. Beratung des Berichtsentwurfs „Sicherheitspolitische und wirtschaftliche Entwicklungen in der Sahel-Zone", vorgelegt vom amtierenden Berichterstatter Abgeordneter Faik Oztrak (Türkei)

Der amtierende Berichterstatter des Unterausschusses „Übergang und Entwicklung, Abgeordneter **Faik Oztrak** (Türkei), erklärte eingangs, die Sahelzone sei seit langem mit einer Reihe gewaltiger Entwicklungsprobleme konfrontiert. Der Bürgerkrieg in Mali verdeutliche, wie schwache Institutionen in einem fragilen Land die Sicherheit und Stabilität auch über die Grenzen des Landes hinaus gefährden können. Die Herausforderungen für Mali seien umfassend und komplex. Sie umfassten politische, institutionelle, wirtschaftliche und strukturelle Entwicklung auf kommunaler, regionaler, nationaler Ebene. Die größere Sahelzone sehe sich mehreren wichtigen transnationalen und transregionalen Bedrohungen gegenüber, die die nationalen Regierungen allein nicht wirksam angehen können. Die afrikanischen, bürgerkriegsähnlichen Konflikte hatten immer eine starke regionale und historische Dimension. Mali selbst sei Teil Westafrikas und der Sahelzone/Sahara und besitze somit zwei regionale Identitäten, zu denen seine vielfältigen ethnischen, konfessionellen und geographischen Profile kämen. Die Geberländer sollten sich nach den Ausführungen des Berichterstatters auf die Stärkung der Belastbarkeit der wirtschaftlichen und staatlichen Strukturen konzentrieren. Die Entwicklung finanzierbarer und wirksamer sozialer Sicherheitsnetze sollte unterstützt werden, um den am stärksten benachteiligten Menschen zu helfen. Die Jugendarbeitslosigkeit sei ein akutes Problem in der gesamten Sahelzone und habe Auswirkungen auf die Sicherheit und Stabilität vieler anderer Länder. Neben wirtschaftlichen Reformen seien daher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen von entscheidender Bedeutung. Diese sollten mit integrativen Infrastrukturentwicklungsprojekten zur Förderung eines höheren Produktivitätsniveaus und von regionalem Wachstum verbunden werden.

In der Diskussion wurde die Rekrutierung von Dschihadisten in Europa thematisiert. Der amtierende Berichterstatter sagte zu, dieses Thema in den Bericht aufzunehmen und dabei auch die Rolle der sozialen Netzwerke zu beleuchten.

V. Beratung des Berichtentwurfs „Die wirtschaftlichen Dimensionen eines veränderten Ansatzes der USA und Europas gegenüber Asien", vorgelegt vom amtierenden Berichterstatter Abgeordneter Menno Knip (Niederlande)

Der amtierende Berichterstatter des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen", Abgeordneter **Menno Knip** (Niederlande), sagte, der so genannte *pivot to Asia*, d. h. die strategische Hinwendung der Vereinigten Staaten in den asiatisch-pazifischen Raum, später als *Rebalancing* bezeichnet, sei ein hervorragendes Beispiel für die Anpassung einer Weltmacht an das sich verändernde globale, wirtschaftliche und militärische Gleichgewicht. China jedoch sehe die Hinwendung der USA nach Asien mit großem Misstrauen und darin einen Versuch, den aus ihrer Sicht „friedlichen Aufstieg" Chinas einzudämmen. Aber auch die Mitgliedstaaten der EU sähen sich gezwungen, die eigene Position gegenüber Asien neu zu bewerten. Allein aufgrund seiner zunehmenden wirtschaftlichen und technologischen Durchschlagskraft und seines Bevölkerungswachstums

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

sorge der dynamische Kontinent für eine Neuordnung der Weltwirtschaft und damit auch eine Machtverschiebung. Diese Verschiebung wirke sich auch signifikant auf die transatlantischen Beziehungen aus, da die Beziehungen zwischen den USA und China äußerst kompliziert und von globaler Bedeutung seien. Der amtierende Berichterstatter führte weiter aus, die beiden größten Mächte Asiens – China und Indien – seien gleichzeitig auch Entwicklungsländer, die unter erheblichem innenpolitischem Druck stünden. Neben der Armut seien ethnische und konfessionelle Heterogenität weitere Gefahrenherde in diesen Ländern. Abschließend fasste Abgeordneter Menno Knip zusammen, der Aufstieg Asiens biete Chancen und berge gleichzeitig Risiken. Um die Chancen des globalen Wachstums nutzen zu können, seien sowohl in Europa als auch den USA einige grundlegende Reformen, z. B. eine Liberalisierung der Arbeitsmärkte, die Anpassung der Staatsausgaben an die Einnahmen und wichtige langfristige Investitionen notwendig.

VI. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Verhandlung der transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft", vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter Diego Lopez Garrido (Spanien)

Die Handelsmärkte der USA und der EU seien stark integriert und es gäbe nur ein Minimum an Zoll- und Kontigentschranken, führte der Generalberichterstatter Abgeordneter **Diego Lopez Garrido** (Spanien) in das Thema ein. Aufgrund einer Vielfalt nichttarifärer Handelshemmnisse, die die transatlantischen Geschäftsbeziehungen nach wie vor verzerrten und belasteten, strebe man schon länger eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) an. Auf der TTIP-Agenda stünden die Abschaffung der Zölle auf Industriegüter, verbindliche Regeln für den Handel mit Dienstleistungen, offene Märkte für das öffentliche Beschaffungswesen auf allen staatlichen Ebenen sowie sinkende Kosten für Regulierungskonformität durch gemeinsame und angeglichene Regulierungsvorschriften. In vielen Bereichen gebe es große Unterschiede in den Ansätzen und Vorbehalte auf beiden Seiten, z. B. beim Thema Datenschutz und einer Regulierung für die Finanzmärkte. Grundsätzlich werde von der europäischen Bevölkerung Transparenz und eine Beteiligung der Öffentlichkeit beim Fortgang der Verhandlungen gefordert.

In der Diskussion fragten Abgeordnete nach der Einbeziehung einzelner Teilbereichen wie z. B. die Landwirtschaft und Gentechnik, Kultur und audiovisuelle Medien. Ein Sozialdumping über bestimmte Arbeitsmarktregulierungen müsse verhindert werden. Der Abgeordnete **Faik Oztrak** (Türkei) bekundete ein starkes Interesse seines Landes, an den Verhandlungen zu TTIP beteiligt zu werden. Hintergrund sei, dass die Türkei mit der EU eine Zollunion eingegangen sei, die Drittländern, welche ein Handelsabkommen mit der EU haben, ermögliche, Zugang zum türkischen Markt zu erhalten, ohne im Gegenzug ihre eigenen Märkte öffnen zu müssen. Dies berge im Falle der großen Volkswirtschaft USA das Potenzial, ein Ungleichgewicht für die Türkei herzustellen.

VII. Zukünftige Aktivitäten

Für das Jahr 2014 stünden die wirtschaftlichen Entwicklungen in Asien und deren Auswirkungen auf Europa sowie Nordamerika im Vordergrund, sagte der Vorsitzende des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen", Abgeordneter **Leon Benoit** (Kanada). Dazu seien Besuche in Japan und in Vancouver (Kanada) geplant. Der stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz", Abgeordneter **Francis Hillmeyer** (Frankreich), berichtete, für die Themen des Unterausschusses in diesem Jahr – die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Entwicklungen in der Sahelzone – seien Reisen nach Marokko und Mali vorgesehen.

VIII. Personalien

Zu neuen Berichterstattern wurden die Senatorin **Natalie Goulet** (Frankreich) für den Unterausschuss „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen" und der Abgeordnete **Michal Szczerba** (Polen) für den Unterausschuss „Übergang und Entwicklung" gewählt. Alle anderen Funktionsträger wurden in ihren Ämtern bestätigt.

6. Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)

Der Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit tagte am Sonntag, 1. Juni 2014, unter dem Vorsitz von Lord Jopling (Vereinigtes Königreich).

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

I. Beratung des Generalberichtsentwurfes „Der politische Übergang in Afghanistan: Erfolge und Herausforderungen“ der Berichterstatterin Abgeordnete Ulla Schmidt (Deutschland)

Berichterstatterin Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) bezeichnete den erfolgreichen Verlauf der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen in Afghanistan als ein positives Signal für den demokratischen Wandel in Afghanistan. Sie unterstrich die hohe Beteiligung von Frauen, die ein Drittel der Wählerschaft ausgemacht hätten. Auch die Tatsache, dass zwei Kandidaten zur Wahl stünden, sei im Vergleich zu vergangenen Urnengängen ein großer Fortschritt. Sie betonte aber, dass das Land auch nach Abzug der ISAF und der Übernahme der Sicherheitsverantwortung durch afghanische Sicherheitskräfte auf die Hilfe aus dem Ausland angewiesen sei, um den Weg der Demokratisierung weitergehen zu können. Eine gute Grundlage hierfür biete die Aussage beider Kandidaten, das Sicherheitsabkommen zum Status ausländischer Truppen im Land nach Amtsübernahme unterzeichnen zu wollen. Trotz einer gut ausgebildeten jungen Generation und einer zunehmenden Beschulung von Mädchen gebe es für das Land noch zahlreiche Herausforderungen zu bewältigen. Sie benannte die nach wie vor fragile Sicherheitslage, die zentralistische Verwaltungsorganisation des Landes sowie Korruption. Allem voran gelte es nun, die Fortschritte im Bereich Frauenrechte zu erhalten und nicht dem Versöhnungsprozess mit den Taliban zu opfern.

II. Vortrag des pakistanischen Autors und Journalisten Ahmed Rashid zum Thema „Aktuelle Entwicklungen in Afghanistan und ihre Folgen für die Strategie nach 2014“

Auch **Ahmed Rashid** hob die Bedeutung der Präsidentschaftswahl für die weitere Entwicklung Afghanistans hervor. Es sei der erste demokratische Machtwechsel in der Geschichte des Landes nach 35 Jahren Krieg. Beide Kandidaten seien über ethnische Grenzen hinweg unterstützt worden. Er unterstützte den Hilfsaufruf der Berichterstatterin und konkretisierte: Das Land benötige in den nächsten fünf Jahren sieben bis acht Milliarden Dollar jährlich, um die Wirtschaft, die öffentlichen Dienste sowie die Sicherheitskräfte wiederaufzubauen. Er sehe gute Chancen für einen Versöhnungsprozess mit den Taliban. Eine moderate Gruppe innerhalb der Taliban sei durchaus verhandlungsbereit. Auch Pakistan habe ein nachhaltiges Interesse an einer Befriedung Afghanistans, da es zunehmend erkennen würde, dass dies eine Voraussetzung für die Sicherheit im eigenen Land darstelle. Da Pakistan selbst aber massive Sicherheitsprobleme habe und in deren Bewältigung bislang schlechter vorankomme als Afghanistan, müsse die internationale Gemeinschaft nach wie vor eine zentrale Rolle als Sicherheitsstabilisator in der Region spielen.

Im Anschluss an beide Beiträge diskutierte der Ausschuss den Umgang mit den verbleibenden Herausforderungen in Afghanistan. Auf entsprechende Nachfrage antwortete Ahmed Rashid, dass bislang kein arabischer Staat Afghanistan finanziell unterstützt habe und dass er eine solche Unterstützungsbereitschaft auch nur sehe, wenn der Unterstützerstaat hiermit unmittelbare eigene Interessen durchsetzen könne. Dennoch forderte er, die internationale Gemeinschaft solle die Golfstaaten stärker finanziell in die Verantwortung nehmen. Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) stellte auf Nachfrage klar, dass finanzielle Hilfe für Afghanistan immer an die Bedingung geknüpft sein sollte, dass Menschenrechtsstandards und insbesondere die Rechte der Frauen in Afghanistan eingehalten würden. **Ahmed Rashid** ergänzte, dass auch Fortschritte im Bereich der Korruptionsbekämpfung stets Voraussetzung für die Bereitstellung von Hilfsgeldern sein müssten.

III. Beratung des Sonderberichtsentwurfes „Euromaidan: Was steht für die Ukraine und die weltweite Sicherheit auf dem Spiel“ vom Sonderberichterstatter Abgeordneter Witold Waszczykowski (Polen) und anschließende Diskussion über die Situation in der Ukraine

Berichterstatter Abgeordneter **Witold Waszczykowski** (Polen) wies darauf hin, dass aufgrund der sich täglich ändernden Situation in der Ukraine eine aktuelle Berichterstattung nur eingeschränkt möglich sei. Er zeigte den historischen Hintergrund der instabilen Lage in der Ukraine auf. Bereits die Orangene Revolution im Jahr 2004 habe sich für die Ukrainer als Enttäuschung erwiesen. Die Führer der Orangenen Revolution hätten mehr Zeit damit zugebracht, sich zu „zanken“, als die fundamentalen Probleme der Ukraine, allen voran die Korruption, anzugehen. Der ehemalige Präsident Viktor Yanukovich habe die Ukraine nicht an die EU herangeführt, wie er im Wahlkampf versprochen habe, sondern sei brutal gegen hierfür demonstrierende Bürger vorgegangen und habe das Land in den wirtschaftlichen Ruin getrieben. Der Berichterstatter appellierte an die internationale Gemeinschaft, das Land umfassend dabei zu unterstützen, sich wirtschaftlich wie politisch zu regenerieren, und äußerte konkret die Hoffnung, dass die finanziellen Hilfen der EU und des Internationalen Währungsfonds (IWF) der neuen Regierung ermöglichten, sich den sozioökonomischen Problemen des Staates anzunehmen. Er

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

stellte zugleich unmissverständlich klar, dass die Russische Föderation eine deutliche Reaktion auf ihre Aggression verdiene, und verlangte ein resoluteres Auftreten der internationalen Gemeinschaft gegenüber der Russischen Föderation.

In der anschließenden Diskussion betonte Abgeordneter **Giorgi Baramidze** (Georgien) die Solidarität der georgischen Delegation mit der neuen Regierung in der Ukraine und erinnerte die Delegierten, dass die in der Ukraine erlebte Aggression der russischen Regierung in Georgien 2008 ihren Anfang genommen habe. Viele Abgeordnete betonten, wie wichtig es sei, die Ukraine nicht nur bei der Staatsbildung, sondern auch bei der Entwicklung militärischer Kapazitäten zu unterstützen.

IV. Vortrag des ukrainischen Journalisten Vitaly Portnikov

Der Journalist **Vitaly Portnikov** erinnerte an die Zeit nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Die Ukrainer hätten damals zwar mehrheitlich die Unabhängigkeit begrüßt, das Land sei aber nicht vorbereitet gewesen, die Verantwortung für die eigene Staatsführung zu übernehmen. Bis heute bestehe die Ukraine aus künstlichen Staatsstrukturen, erst seit Februar 2014 arbeiteten die Verantwortlichen am Aufbau ernstzunehmender demokratischer Strukturelemente. Die russische Führung habe die Ukraine nie als Staat anerkannt. Zahlreiche ehemalige ukrainische Regierungsmitglieder, wie etwa der ehemalige Verteidigungsminister, hätten die russische Staatsbürgerschaft inne gehabt. Er lehnte auch den gegenwärtig von russischer Seite gemachten Vorschlag einer „Dayton"-Lösung ab, wonach die Ukraine in Sicherheitszonen aufgeteilt und jeweils der Führung der Russischen Föderation sowie westlicher Staaten unterstellt werden solle. Er betonte, die Zukunft der Ukraine müsse den Bürgern des Landes gehören. Wichtig seien eine „Deoligarchisierung" des Systems sowie eine Fortsetzung der Integration in die EU. Er sprach sich auch deutlich für eine Mitgliedschaft in der NATO aus.

V. Vortrag von Oberst Saulius Guzevicius, Direktor der Abteilung für Strategische Kommunikation der litauischen Streitkräfte

Oberst **Saulius Guzevicius** sprach über die „Informationspropaganda" als starke Waffe in der Kriegsführung. Die russischen Autoritäten nutzten verschiedene Instrumente wie Internet, Radio und Fernsehen, um in das Informationsumfeld Litauens hineinzuregieren. Auch in der Ukraine nutze die Russische Föderation die Medienmanipulation, um die russischsprachige Bevölkerung auf der Krim und im Osten des Landes zu mobilisieren.

Auf die Frage, ob dem nicht mit einem Verbot russischer Fernsehsender im Baltikum oder der Ukraine begegnet werden könne, äußerte Oberst Saulius Guzevicius aus demokratiepolitischen Erwägungen heraus Bedenken. Er sprach sich hingegen für finanzielle Sanktionen gegen jene Fernsehsender aus, die solche Propaganda ausstrahlten. Er verwies auch auf die Möglichkeit der Alliierten, die Balten zu unterstützen, russischsprachige Sender aufzubauen, welche der russischen Propaganda etwas entgegensetzen könnten. Abgeordneter **Giorgi Baramidze** (Georgien) merkte an, dass all dies zeige, wie sehr die Russische Föderation die Schwäche der westlichen Demokratien ausnutze, und fragte, ob die Allianz sich mittlerweile gewahr sei, dass sie die russischen Aktionen ernst nehmen müsse. Oberst **Saulius Guzevicius** erwiderte, dass die militärischen Kräfte in der Allianz die Signale der russischen Völkerrechtsverstöße sehr wohl verstanden hätten und sich um entsprechende Beratung der politischen Entscheidungsebene bemühten.

VI. Beratung des Berichtsentwurfes „Bekämpfung des Terrorismus: Stärkung der Sicherheit und Verteidigung demokratischer Institutionen" der Berichterstatterin Senatorin Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich)

Die Berichterstatterin des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung", Senatorin **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich), erklärte, sie wolle aufzeigen, mit welchen neuen Formen des Terrorismus die Weltgemeinschaft es heute zu tun habe. Al-Qaida sei zwar in den letzten zwei Jahren nachhaltig geschwächt worden, revitalisiere sich aber gegenwärtig als eine dezentrale Organisation, die sich aus dem Zusammenschluss zahlreicher Untereinheiten rekrutiere. Die Umwälzungen im arabischen Raum hätten die politischen und sozialen Verhältnisse in der Region Naher Osten und Nordafrika grundlegend verändert und eine Radikalisierung einzelner Gruppierungen nach sich gezogen. Auf dem Nährboden eines instabilen politischen Umfeldes und schwacher staatlicher Institutionen würden gewaltsamer Extremismus und terroristische Organisationen gedeihen. Die euroatlantische Gemeinschaft solle deshalb Terrorismusbekämpfung zu einer Priorität ihres politischen Handelns machen. Denn Terrorismus stelle einen Angriff auf die westlichen Werte dar, schwäche die Regionen der arabischen Halbinsel und Nordafrika nachhaltig und drohe zunehmend, auch in Ländern der Allianz zur allgegenwärtigen Gefahr zu werden. Eine Option zur Bekämpfung des Terrorismus sei militärisch zu intervenieren. Ein weiterer Ansatz seien internationale Partnerschaften, um gemeinsam regionale Antiterrorstrategien

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

zu entwickeln. Darüber hinaus könnten Deradikalisierungsprogramme präventiv gegen Radikalisierung im eigenen Land wirken. Die Alliierten sollten in diesem Bereich sowie im Bereich der Sicherheitsdienste stärker den Austausch suchen und zusammenarbeiten. Zahlreiche Abgeordnete schlossen sich dieser Forderung an. Die Berichterstatterin wies darauf hin, dass bei allen Antiterrormaßnahmen die zivilen Freiheiten sowie Menschenrechte nicht aus dem Blickfeld geraten dürften.

In der Diskussion begrüßte Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) den Bericht und stellte in Aussicht, dieses Thema während des anstehenden Besuchs des Ausschusses in Deutschland zu vertiefen. Deutschland habe viel Erfahrung in der Zusammenarbeit staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen zur Bekämpfung von Rechts- und Linksextremismus sowie in der präventiven Toleranzförderung. In Reaktion auf die Morde der rechtsextremen terroristischen Vereinigung NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) sei diese Zusammenarbeit noch verstärkt worden. Sie regte an, im Bericht die soziale Dimension noch stärker zu beleuchten. Nur wenn den Menschen wieder eine Perspektive für sich und ihre Familien gegeben werde, könne dem Terrorismus der Nährboden entzogen werden.

VII. Beratung des Berichtsentwurfes „Georgiens euroatlantische Integration: Interne und externe Herausforderungen“ der Berichterstatterin Senatorin Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich) und anschließende Diskussion mit dem NATO-Botschafter Litauens, Kestutis Jankauskas

Der zweite Bericht der Berichterstatterin Senatorin **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich) nimmt die Entwicklungen in Georgien in den Blick. Der Bericht sei nach der Herbsttagung 2013 in Dubrovnik umfassend überarbeitet worden. Die Berichterstatterin fasste zusammen, dass der Bericht die Entwicklungen in Georgien grundsätzlich sehr positiv beurteile und mithin zu dem Ergebnis komme, die Bestrebungen des Landes im Hinblick auf eine NATO-Mitgliedschaft sollten die Unterstützung der Versammlung finden. Der Bericht benenne insbesondere die signifikanten Fortschritte bei der Umsetzung ambitionierter innenpolitischer Reformen und bei der Konsolidierung staatlicher Institutionen. Hingewiesen werde auch auf den Beitrag Georgiens zu NATO-Missionen, die das Land zu einem wichtigen NATO-Partner machten. Sie forderte die Alliierten auf, die Option eines *MAP*-Status Georgiens auf dem nächsten NATO-Gipfel im September 2014 ernsthaft in Betracht zu ziehen. Dies würde nicht nur ein starkes Signal für die georgische Bevölkerung, sondern auch in Richtung Russische Föderation bedeuten. Die Annexion der Krim habe gezeigt, dass die Beschwichtigungsstrategie der Allianz gegenüber der russischen Regierung nicht zum Erfolg führe. Sie empfahl der georgischen Regierung, sich um einen konstruktiven Dialog mit dem Kreml zu bemühen. So könnten Befürchtungen abgebaut werden, Georgien zöge die Allianz aus regionalpolitischen Interessen in eine militärische Auseinandersetzung mit der Russischen Föderation. Der Bericht widme sich auch den Herausforderungen, die Georgien noch zu bewältigen habe. Hierzu zählten die Grabenkämpfe der politischen Kräfte des Landes und die zahlreichen Festnahmen politischer Gegner durch die neue Regierung. Die Berichterstatterin forderte die georgische Regierung auf, an das Erreichte ihrer Vorgänger anzuknüpfen statt politisch motivierte Strafjustiz zu üben.

Abgeordneter **Giorgi Baramidze** (Georgien) dankte der Berichterstatterin für den Bericht, der sich für einen *MAP*-Status Georgiens stark mache. Ein *MAP* brächte eine starke Motivation für die georgische Bevölkerung mit sich, den Reformprozess fortzusetzen. Er betonte, dass alle führenden politischen Kräfte unabhängig von politischen Machtkämpfen eine Mitgliedschaft Georgiens in der euroatlantischen Gemeinschaft anstrebten. Auch der NATO-Botschafter **Kestutis Jankauskas** (Litauen) vertrat die Auffassung, Georgien erfülle die *MAP*-Kriterien. Sowohl die Parlaments- als auch die Präsidentschaftswahlen 2012 und 2013 seien in Übereinstimmung mit internationalen Standards und demokratischen Prinzipien verlaufen. Auch in Brüssel herrsche die Meinung vor, Georgien habe ein starkes Zeichen verdient.

7. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie kam am Samstag, 31. Mai 2014, unter dem Vorsitz von Baroness Ramsay of Cartvale (Vereinigtes Königreich) zusammen, um sich mit den Themen Energiesicherheit, Irans Nuklearprogramm, ballistische Flugkörper, Cyber und euro-atlantische Sicherheit sowie Rüstungskontrolle angesichts des erodierenden Verhältnisses zu Russland zu befassen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

I. Vortrag von Jarosław Niewierowicz, Energieminister Litauens, zum Thema „Energiesicherheit"

In seinem Vortrag schilderte der Energieminister die Energieversorgung in den Ländern Europas: zum einen benötigten sie zuverlässig und konstant Energie, zum anderen sei der europäische Markt jedoch so fragmentiert, dass hier ein dreimal höherer Preis als in Nordamerika erzielt werde. Als problematisch bewertete **Jarosław Niewierowicz** die Abhängigkeit einiger europäischer Länder von russischem Erdgas – gerade jetzt vor dem Hintergrund der Ukrainekrise. Litauen habe einiges unternommen, um seine Energiesicherheit zu verbessern; das Flüssiggasterminal werde im Dezember 2014 in Betrieb genommen und solle auch zur Energiesicherheit seiner Nachbarn beitragen. Erwähnenswert sei ferner das *Energy Security Center of Excellence* (ENSEC), das die NATO 2012 eingerichtet habe. Auch die EU-Kommission habe mit ihrem Energiestrategiepapier für Europa einen wichtigen Schritt unternommen. Gleichzeitig kritisierte der Energieminister jedoch das schleppende Tempo bei der Umsetzung der Strategie. Er erhoffe sich auch eine größere Unterstützung durch die USA bei der Versorgungssicherheit. Abschließend betonte Jarosław Niewierowicz, Europas Energiesicherheit sei vor dem Hintergrund eines weltweit wachsenden Energiehungers zu bewerten, und verdeutlichte die Verknüpfung von Energiesicherheit und nationaler Sicherheit.

Abgeordneter **Antonín Sed'a** (Tschechische Republik) leitete die Diskussion mit dem Hinweis ein, dass eine Anbindung des Flüssiggasterminals an Estland und Finnland noch fehle. Der litauische Energieminister versicherte dem Fragesteller, dass für die Verbindung hundertprozentige Unterstützung gegeben sei und Litauen auch die Anbindung an Finnland forciert vorantreibe. Den Abgeordneten **Stephen Gilbert** (Vereinigtes Königreich) interessierte, welche Erfahrungen die litauischen Verantwortlichen mit ihren Gesprächspartnern von GAZPROM bei den Erdgaspreisverhandlungen gewonnen hätten. Der Energieminister erläuterte, dass ein litauisches Verhandlungsteam damit beauftragt sei. Die Erdgaspreise würden kurzfristig verhandelt; sie schwankten enorm und Litauen zahle von allen belieferten Ländern den höchsten Preis. Abgeordneter **Tevan Poghosyan** (Armenien) erkundigte sich nach dem Ausbau erneuerbarer Energien in Litauen. Energieminister **Jarosław Niewierowicz** bedauerte, dass sein Land in der Vergangenheit keine Energiediversifizierung betrieben habe. Nun allerdings liege der Schwerpunkt auf lokaler Energiegewinnung – insbesondere Biomasse und Windenergie. Abgeordneter **Guillermo Mariscal** (Spanien) interessierte sich für die Reaktion Russlands auf den Bau des litauischen Flüssiggasterminals und dafür, woher das Gas stamme. **Jarosław Niewierowicz** unterstrich, dass Russland seine Monopolstellung nicht verlieren wolle und deshalb an einem fragmentierten Markt interessiert sei. Das Flüssiggasterminal werde voraussichtlich vom norwegischen STATOIL beliefert, stehe aber auch anderen Gaserzeugern offen. Spontan zeigten daraufhin Kanada und Polen Interesse. Abgeordneter **Domenico Scilipoti** (Italien) hakte bei dem Thema Ausbau der erneuerbaren Energien nach. Der litauische Energieminister bestätigte, dass sein Land die von der EU gesetzten Ziele zum Anteil von erneuerbaren Energien an der Energiegewinnung bis zum Jahr 2020 erreichen werde. Abgeordnete **Caroline Dinenage** (Vereinigtes Königreich) fragte, ob Litauen sich mit *fracking* befasse. Der Energieminister bejahte die Frage und erläuterte, dass geologische Untersuchungen Schieferölvorkommen ergeben hätten. Nun prüfe die litauische Regierung, ob unter Berücksichtigung der Umweltstandards die Schieferölgewinnung ökologisch und ökonomisch sinnvoll wäre.

II. Beratung des Berichtsentwurfs „Die Energiesicherheit Europas: der südliche Erdgaskorridor", vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Osman Bak (Türkei)

Vorrangig für die Energiesicherheit Europas sei es, seine Abhängigkeit von einigen wenigen Gaslieferanten zu beseitigen – so begann der Berichterstatter des Unterausschusses „Energie- und Umweltsicherheit", Abgeordneter **Osman Bak** (Türkei), die Zusammenfassung seines Berichts, in dem er den Schwerpunkt auf den potenziellen Beitrag der südöstlichen Nachbarländer legt. In der Region des Kaspischen Meeres allein gebe es ausreichende Vorkommen, um Europa 18 Jahre mit Erdgas zu versorgen. Zwar fehle in Aserbaidschan wie Turkmenistan die erforderliche Infrastruktur – noch mehr in Kasachstan und Usbekistan –, jedoch seien Energiequellen langfristig dort ebenso erschließbar wie im Iran, sofern sich dessen politische Lage verbessere. Auch Energieimporte aus dem östlichen Mittelmeer könnten zu Europas Versorgungssicherheit beitragen. Zuvor müssten jedoch politische und technische Hindernisse beiseite geräumt, die politische Lage stabilisiert sein. Dann wären Importe aus Israel, Zypern, langfristig auch aus Syrien und dem Libanon möglich. Nicht zuletzt sei der Irak als Erdgaslieferant interessant, sobald die politischen und Infrastrukturgegebenheiten das zuließen. Abschließend betonte der Berichterstatter erneut die große Bedeutung von verschiedenen Energiezulieferern und -leitungen, um Europas Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

In der Diskussion kritisierte Abgeordneter **Evripidis Stylianidis** (Griechenland) generell den Bericht als zu sehr aus der Türkeiwarte konzipiert und verlangte konkrete Änderungen an vielen Stellen des Berichts. Der Autor des Berichts ließ erkennen, dass er mit zahlreichen Ergänzungen und Verbesserungen gerechnet habe und zeigte Bereitschaft, über die Vorschläge seiner griechischen Kollegen zu sprechen. Abgeordneter **Philippe Vitel** (Frankreich) bat den Berichterstatter um Erläuterung, ob die Türkei für den Südkorridor nur Durchlassstation oder eine echte Schaltstelle sei. Abgeordneter **Osman Bak** bezeichnete die Funktion der Türkei bei der Ende 2018 bereitstehenden Erdgasleitung als Energiebrücke. Abgeordneter **Domenico Scilipoti** (Italien) schilderte die Probleme in seinem Land, wo Umweltschützer durch den Pipeline-Bau gravierende Umweltschäden befürchteten. Berichterstatter **Osman Bak** betonte, wie wichtig es sei, die Öffentlichkeit frühzeitig und umfassend in die Projektierung solcher Vorhaben einzubinden und bei der Frage Energieversorgung vs. Umweltschutz eine vernünftige Balance zu finden.

III. Vortrag von Mark Hibbs, *Nuclear Policy Program, Carnegie Endowment for International Peace,* Berlin, zum Thema „Irans Nuklearprogramm“

Seinen Vortrag leitete **Mark Hibbs** mit Erläuterungen zu dem 2013 verabschiedeten *Joint Plan of Action* ein. Mit diesem Plan bleibe man weit hinter der Optimallösung zurück – Iran stellt den *status quo ante* wieder her, d. h. den Zustand vor der Urananreicherung – und schließe auch für die Zukunft keine Probleme aus. Zwar bedeuteten Irans nachweisbare Reduzierungen bei den Anreicherungsaktivitäten einen wichtigen Schritt, seien aber noch kein Beweis für dessen langfristigen Verzicht auf waffenfähiges Uran. Als Unterzeichnerstaat des Nichtweiterverbreitungsvertrages habe Iran in den vergangenen 15 Jahren seine Anzeigenpflicht von nuklearen Aktivitäten wiederholt verletzt. Vor diesem Hintergrund sprach Mark Hibbs einige Empfehlungen aus, wie das iranische Atomprogramm auf ausschließlich friedliche Zwecke ausgerichtet werden könne. Zunächst müsse der Iran das Zusatzprotokoll unterzeichnen, damit die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA) ausreichend Informationen über den *nuclear fuel circle* erhalte. Dann sollte sich der Iran verpflichten, auf Aktivitäten zur Entwicklung oder Herstellung von Nuklearwaffen zu verzichten. Und schließlich könnte die 5+1-Gruppe separat eine Vereinbarung über die Verifikation zukünftiger vermuteter unangemeldeter Aktivitäten des Iran treffen.

Abgeordneter **Osman Bak** (Türkei) fragte, ob die Zusicherung der neuen iranischen Regierung, die auswärtigen Beziehungen auf eine neue Basis zu stellen, als ernsthaft betrachtet werden könne. **Mark Hibbs** bezeichnete die Sanktionen gegenüber dem Iran als effektiv und die Versicherung seitens des Iran, neue Beziehungen aufzubauen, als glaubhaft. Vorhersagen zu dem inneriranischen Dialog zwischen Reformern und *hardlinern* wagte Mark Hibbs nicht. Abgeordnete **Cheryl Galland** (Kanada) interessierte sich dafür, wie die IAEA-Inspektoren im Iran behandelt, ob ihnen die erforderlichen Zugänge gewährt werden. Dazu bemerkte **Mark Hibbs**, die IAEA-Missionen beinhalteten mehrere Arbeitsaufträge; der Schwerpunkt liege dabei auf den Anlagen zur Nuklearproduktion. Sehr unterschiedlich sei die Reaktion des Iran auf Inspektoren. Abgeordneter **Tevan Poghosyan** (Armenien) gab zu bedenken, dass im Iran auch das politische Umfeld verbessert werden müsse, und fragte, wie die Balance zu finden sei zwischen demokratiestiftendem Engagement und Regelverstoß ahndenden Sanktionen. **Mark Hibbs** räumte ein, dass dies eine große Herausforderung sei. Das Regime des Iran sei im Grunde genommen das Gleiche, das seit über 20 Jahren der IAEA Falschinformationen liefere. Seit 2013 deuteten jedoch kleine vertrauensbildende Maßnahmen auf einen Kurswechsel hin; dafür brauche man allerdings einen langen Atem.

IV. Beratung des Berichtsentwurfs „Die weltweite Ausbreitung der Systeme zur ballistischen Raketenabwehr", vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter Stephen Gilbert (Vereinigtes Königreich)

Eingangs warnte Berichterstatter Abgeordneter **Stephen Gilbert** vor der wachsenden Zahl von Raketen in immer mehr Ländern. Weil diese Flugköper auch Massenvernichtungswaffen tragen könnten, entwickelten viele Staaten zugleich Abwehrsysteme; die der NATO seien hochentwickelt, weil die Systementwickler den potentiellen Angreifern – Nordkorea und Iran – immer einen Schritt voraus sein wollten. Moskau halte seine Einwände gegen Raketenabwehrsysteme mit der Begründung aufrecht, sie gefährdeten Russlands strategische nukleare Abschreckung. Zugleich investiere Russland massiv in sein luftgestütztes Raketenabwehrsystem. Auch in China, Japan, Taiwan und Südkorea seien entsprechende Entwicklungen zu beobachten. Das robusteste System habe Israel. Ägypten und Jordanien beschafften zur Abwehr der vom Iran ausgehenden Gefahr US-amerikanische Entwicklungen. Uneinig seien sich die Experten nach wie vor, ob Raketenabwehrsysteme nun einen stabilisierenden Effekt hätten oder eher das Gegenteil bewirkten. Staaten beschafften die Systeme, um ihre Ab-

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

schreckung zu optimieren und sich gegen beabsichtigte oder zufällige Angriffe zu wappnen. Dagegen sei einzuwenden, dass die Abwehrsysteme die gegenseitige Abschreckung beeinträchtigten, und Initiativen zu Nichtweiterverbreitung erstickten. *Summa summarum* plädierte Berichterstatter Abgeordneter Stephen Gilbert für eine größere Transparenz und Kooperation auf diesem Gebiet.

V. Beratung des Sonderberichts zum Thema "Cyber und die euro-atlantische Sicherheit", vorgelegt von Berichterstatter Abgeordneter Philippe Vitel (Frankreich)

Informationstechnologie bestimme unseren Alltag – so begann der Berichterstatter seine Ausführungen. Bei allen Vorzügen dieser modernen Technik sei nicht zu übersehen, dass sie auch Gefahren in sich berge. So mehrten sich Cyberattacken auf Privatpersonen, aber auch auf kritische Infrastrukturen – wie E-Werke, Wasserbetriebe oder andere zentrale Steuerungsanlagen. Letzteres könne verheerende Ausmaße annehmen und rufe nationale wie internationale Abwehrmaßnahmen auf den Plan. Für seinen Herbstbericht stellte Abgeordneter Phillipe Vitel eine detaillierte Länderübersicht zu den in den einzelnen Bündnisländern ergriffenen Schutzmaßnahmen vor IT-Angriffen in Aussicht.

Lord Jopling (Vereinigtes Königreich) gab zu bedenken, dass es unter den NATO-Ländern große Kompetenzunterschiede gebe und befürchtete, dass Schwachstellen bei Einzelnen die Cybersicherheit aller gefährden könne. Abgeordneter **Philippe Vitel** bestätigte, dass Kriterien festzulegen seien, wann eine Cyberattacke den Bündnisfall auslöse, und plädierte dafür, dennoch jeden Fall individuell zu bewerten – wie auch die angemessene Reaktion darauf. In diesem Zusammenhang ergänzte Abgeordnete **Cheryl Gallant** (Kanada), dass es sehr schwer sei, bei Cyberangriffen militärischen von zivilem Schutz ganz klar abzugrenzen. Auch hier sei der Aufbau von Vertrauen zwischen den Ländern der Allianz ganz wichtig. Ebenso wie der Aufbau von *private public partnerships,* so unterstrich Abgeordneter **Mati Raidma** (Estland).

VI. Vortrag von Paula de Sutter, ehemalige Leiterin der Abteilung Verifikation, Einhaltung und Umsetzung im US-Außenministerium, zum Thema „Rüstungskontrolle im euro-atlantischen Raum vor dem Hintergrund erodierender Beziehungen zu Russland"

Schwerpunkt von **Paula de Sutters** Vortrag war die Haltung W. Putins zu Rüstungskontrollvereinbarungen. Sie bemängelte, dass die Obama-Regierung zu nachsichtig gegenüber russischen Verletzungen des Vertrages über Nuklearwaffen mittlerer Reichweite (INF-Vertrag) geworden sei. Dulde man Vertragsverletzungen, verpuffe die Wirkung von Abschreckung. Sie verglich die gegenwärtige Rüstungskontrollpolitik Russlands mit der von der Sowjetunion praktizierten. Auch damals habe man Rüstungskontrolle als ein Instrument betrachtet, die Sicherheitsoptionen der anderen Seite zu schwächen und gleichzeitig durch Vertragsumgehung einseitige Vorteile zu erwirken. Nachweisbar habe Russland mit dem R-500 Marschflugkörper und der YarsM den INF-Vertrag verletzt – lange unbeanstandet von der US-amerikanischen Regierung. Dadurch werde die Fähigkeit der NATO untergraben, eine wirksame Abschreckung gegen Russland aufrechtzuerhalten.

VII. Zukünftige Aktivitäten

Für das Jahr 2014 wurden den Ausschussmitgliedern Besuche nach Alaska, Genf und Japan in Aussicht gestellt.

8. Plenarsitzung

Am Freitag, 30. Mai 2014, fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, Hugh Bayley (Vereinigtes Königreich), die Plenarsitzung statt.

I. Ansprache des Präsidenten der NATO PV, Hugh Bayley (Vereinigtes Königreich)

Präsident Hugh Bayley erinnerte daran, dass vor 25 Jahren die Partnerschaft zwischen NATO und Russland mit dem Ziel begründet worden sei, die Ära des Kalten Krieges zu überwinden und im Interesse der Bürger zu handeln. Mit dem Einmarsch in die Ukraine sei die langjährige Partnerschaft schwer beschädigt worden. Der assoziierte Status sei der russischen Delegation entzogen worden, weil viele Mitglieder beider Kammern des russischen Parlaments W. Putin zur Gewaltanwendung in der Ukraine ermächtigt hätten. Gleichwohl sei Hugh Bayley vom Ständigen Ausschuss autorisiert worden, Dialogbereitschaft jenseits der ausgesetzten assoziierten Mitgliedschaft zu zeigen. Entsprechende Signale habe die russische Seite allerdings nicht erwidert. Fatal für das russische Volk sei die Invasion der Ukraine – so fuhr Hugh Bayley fort – ebenso die Rückschritte Russlands, was Demokratie, Menschenrechte und Pressefreiheit angehe. Unterstützung benötige die von russischem Erdgas

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

komplett abhängige Ukraine bei ihrer Energieversorgung, und auch Europa müsse prüfen, ob seine Energiesicherheit gewährleistet sei. Die Allianz basiere auf einer Werte- und Interessengemeinschaft, die Ausdruck in der Artikel-4-Verpflichtung finde. Damit einher gehe Verantwortung für die Sicherheit jedes einzelnen Bündnislandes. Deshalb plädierte Hugh Bayley dafür, die nationalen Verteidigungsetats nicht weiter zurückzufahren – wo doch in vielen Ländern der Welt eine gegenläufige Entwicklung festzustellen sei. Mit *soft power*-Diplomatie allein könne Aggression nicht abgewendet und das müsse auch der Öffentlichkeit klar gemacht werden. In den letzten Jahren habe es Umbrüche in Tunesien, Ägypten, Syrien und Libyen gegeben. Seit jeher sei Nordafrika eine Partnerregion Europas gewesen, und es leiste in den einzelnen Ländern gezielt Unterstützung, um in der gesamten Region zu Stabilität, Frieden und Wohlstand beizutragen.

II. Ansprache der Präsidentin des Seimas, Loreta Grauziniené

Mit großer Freude begrüßte die Präsidentin die NATO-Parlamentarier und erinnerte an die zehnjährige Mitgliedschaft Litauens in der NATO. Die seither gewonnenen Erfahrungen und jüngsten Ereignisse in Litauens unmittelbarer Nachbarschaft zeigten nicht nur, dass Litauen Sicherheitsgarantien und Unterstützung erfahre, sondern bei seiner Außenpolitik auch diejenigen Länder unterstütze, die ihre Zukunft auf demokratischen Werten aufbauen wollten. Dass einige Länder trotz internationaler Kritik strategische Interessen durchsetzten, sei offensichtlich. Äußerst aufmerksam verfolge Litauen die Vorgänge in der Ukraine, erinnerten sie doch sehr stark an die eigenen Erfahrungen mit der Befreiung von Moskau. Die NATO-Erweiterung nach dem Fall des Eisernen Vorhangs sei eine „Erfolgsgeschichte" gewesen, habe den neuen Bündnisländern Freiheit und Demokratie gebracht. In Anbetracht der neuen Gefahren auf technologischem Gebiet plädierte die Präsidentin dafür, die NATO in die Abwehr von Cyberattacken stärker einzubeziehen. Abschließend bezeichnete sie die interparlamentarische Zusammenarbeit als ein wichtiges Element, um die internationalen Beziehungen zu stärken und gemeinsame Ziele zu verfolgen.

III. Ansprache des Premierministers Litauens, Algisdas Butkevicius

Der Premierminister bedauerte, dass die Feiern zur zehnjährigen Mitgliedschaft Litauens in der NATO überschattet seien durch die Bedrohungen in der unmittelbaren Nachbarschaft seines Landes. Beruhigend für ihn und seine Mitbürger sei jedoch das *air policing* der NATO, das sofort nach Ausbruch der Ukrainekrise gestartet worden sei. Litauen wolle auch seine Verteidigungsanstrengungen erhöhen und bis 2020 das Zwei-Prozent-Ziel erreichen. Erst jüngst sei Litauen Zielscheibe für russische Propaganda geworden; das Beispiel Ukraine verdeutliche, wie schmal der Grat zwischen Propaganda und bewaffneter Destabilisierung sei. Abschließend appellierte er an die Versammlung, den beitrittswilligen Ländern eine Perspektive aufzuzeigen.

IV. Ansprache des Sekretärs des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, Andrij Parubij

Andrij Parubij dankte zunächst für die Unterstützung des Westens für die Ukraine auf ihrem Weg zur Demokratie. Nach dem Zusammenbruch der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) verfolge W. Putin inzwischen das Ziel, Terrain zurückzugewinnen und neue Grenzen zu ziehen. Ursprünglich habe er die Wahlen verhindern wollen; dennoch hätten sie unter schwierigen Umständen stattgefunden und gezeigt, dass die Ukrainer vereint seien, obwohl Zwist von außen in ihr Land hineingetragen werde. Unruhestifter erhielten schon seit Jahren finanzielle und materielle Unterstützung durch Russland. Darüber hinaus versuche Russland durch massive Propaganda die euro-atlantische Integration der Ukraine zu verhindern. Abschließend bat Andrij Parubij die NATO-Länder um Unterstützung.

Auf die Frage des Abgeordneten **Ted Opitz** (Kanada), ob die Ukraine eine NATO-Mitgliedschaft anstrebe, erwiderte Andrij Parubij, dass es in der ukrainischen Bevölkerung eine breite Unterstützung dafür gebe. Abgeordneter **Andrius Mazuronis** (Litauen) versicherte Andrij Parubij der Unterstützung Litauens und erkundigte sich danach, ob es Kontakte zur Krim gebe. **Andrij Parubij** verneinte das mit der Begründung, Russland schotte die Krim systematisch ab. Das führe zwangsläufig auch zu einem Einbruch bei den Touristenzahlen. Erklärtes Ziel der Ukraine sei eine Wiedereingliederung der Krim.

Die Erklärung zur Ukraine wurde vom Plenum anschließend einhellig gebilligt.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

V. Ansprache des NATO-Generalsekretärs, Anders Fogh Rasmussen

In seiner Ansprache würdigte NATO-Generalsekretär **Anders Fogh Rasmussen** die Arbeit der Versammlung und nannte den Ukrainekonflikt als derzeit vordringlichstes Problem für die Verbündeten. Trotz der langjährigen Sicherheitspartnerschaft mit Russland, dank derer die Teilung Europas habe überwunden werden können, habe Moskau nun neue Grenzen gezogen. Dagegen müsse die NATO sich wehren; sie habe Sofortmaßnahmen ergriffen. Auch zeige sich dabei die Bedeutung von Verteidigungsausgaben und -plänen, um jedem Verbündeten den verbrieften solidarischen Schutz der Allianz zu gewährleisten. Während sich die russischen Verteidigungsausgaben seit 2008 verdoppelt hätten, seien die der NATO zurückgegangen. Zugunsten der lahmenden Wirtschaft hätten viele Länder ihre Verteidigungsbudgets reduziert. Das müsse sich ändern. Fähigkeitslücken müssen geschlossen werden, was die Ukrainekrise deutlich vor Augen geführt habe. Dabei sei aufgrund der historischen, politischen und ideellen Verquickung die transatlantische Beziehung das Rückgrat der Allianz. Abschließend appellierte Anders Fogh Rasmussen an die Delegierten, ihren Wählern die Bedeutung des Bündnisses einschließlich der damit verbundenen Verpflichtungen zu verdeutlichen.

Die Fragestunde leitete Abgeordneter **Andrius Mazuronis** (Litauen) mit der Frage ein, ob das Bündnis nicht eine noch stärkere Präsenz im Osten seines Mitgliedsgebietes zeigen könne. **Anders Fogh Rasmussen** unterstrich, dass die NATO permanente Stützpunkte unterhalte und zu Lande wie auch in der Luft ihre Präsenz sichtbar erhöht habe. Ferner werden die Verbündeten den *Readiness Action Plan* verabschieden, womit sie auf die aktuelle Krise reagierten. Abgeordneter **Gilbert Le Bris** (Frankreich) bezeichnete den anstehenden Gipfel als große Herausforderung, weil es eine Vielzahl von Problemen zu bewältigen gebe, und fragte konkret nach den Prioritäten. Ganz klar nannte **Anders Fogh Rasmussen** das Ungleichgewicht bei den Aufgaben und Ausgaben der Allianz zwischen Nordamerika und Europa; hier müsse dringend nachgebessert werden. Abgeordneter **Witold Waszczykowski** (Polen) bat um Auskunft, wie die NATO ihre mitteleuropäischen Partner gegen offene russische Aggression schütze. **Anders Fogh Rasmussen** versicherte, es gebe neben den politischen auch weitere sehr wirksame Schutzmaßnahmen. Er bejahte die Feststellung von **Franklin van Kappen** (Niederlande**)**, dass es in Europa noch Defizite bei der Integration nationaler Streitkräfte gebe, und appellierte an die Delegierten, Abhilfe zu schaffen. Abgeordneter **Ali Riza Alaboyun** (Türkei) thematisierte die zeitliche Dauer von Entscheidungsprozessen im Vergleich zwischen Russland mit einem Präsidenten und der NATO mit 28 Mitgliedern. **Anders Fogh Rasmussen** erklärte, die NATO habe für die Entscheidung des Libyen-Einsatzes nur sechs Tage gebraucht. Ein Grundsatz von Demokratien sei es, Entscheidungen im Konsens zu treffen. Diese kosten Zeit, hätten dann aber die Stärke von vielen. Auf die Frage des Abgeordneten **Rostyslav Pavelenko** (Ukraine) nach Mitteln gegen die russische Informationspropaganda sagte **Anders Fogh Rasmussen**, wichtig sei die Verbreitung richtiger Informationen in russischer Sprache. Der Abgeordnete **Diego Lopez Garrido** (Spanien) erklärte, bei der Erhöhung von Verteidigungsausgaben müsse auch Qualität berücksichtigt werden, nicht nur Quantität. **Anders Fogh Rasmussen** entgegnete, eine politische Lösung sei oft leichter zu finden bei einer entsprechenden militärischen Bedrohungslage und wenn der Gegner mit dem Einsatz von Waffen rechnen muss.

VI. Beratung der Erklärungsentwürfe

Der Erklärungsentwurf „NATO-Erweiterung" des Ständigen Ausschusses wurde durch die Leiterin der litauischen Delegation, Abgeordnete **Rasa Juknevičienė**, vorgestellt. Die Erklärung wurde nach kurzer Debatte mit Änderungen verabschiedet. Diese betrafen u. a. eine namentliche Auflistung der beitrittswilligen Länder Georgien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien sowie den aktuellen Stand der jeweiligen Verhandlungen.

Der Erklärungsentwurf „Unterstützung der Ukraine " des Ständigen Ausschusses wurde vom Präsidenten der Versammlung **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) vorgestellt. Er verwies in seiner Rede auf die am 25. Mai 2014 durchgeführten Präsidentschaftswahlen, an deren Beobachtung sich auch die NATO PV unter Leitung des Abgeordneten Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers beteiligt habe. Abgeordneter **Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers** (Deutschland) erklärte, die Wahlen seien ein Erfolg und ein wichtiger Schritt für die Ukraine gewesen. Er lobte den Mut, das Engagement und die Professionalität der einheimischen Wahlhelfer. Bemerkenswert sei die Entschlossenheit der ukrainischen Bevölkerung gewesen, ihr Schicksal selbst bestimmen zu wollen und sich nicht von Gewaltandrohungen einschüchtern zu lassen. Der neue Präsident habe nun die schwierige Aufgabe, alle Ukrainer zu einen. Abgeordneter Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers befürwortete die Erklärung als klare Botschaft zur Unterstützung des Landes. In der Debatte stellten einige Abgeordnete Ergänzungen vor, z. B. dass eine russische

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Aggression den Konflikt ausgelöst habe. Es wurden einige weitere Appelle an die Russische Föderation aufgenommen, z. B. die Besetzungen von Nachbarländern zu beenden und die Pressefreiheit und Rechte von Minderheiten zu respektieren. Die Erklärung wurde mit einigen Änderungen verabschiedet.

Auch der Entwurf einer Erklärung mit dem Titel „Transatlantische Beziehungen" des Ständigen Ausschusses wurde vom Präsidenten der Versammlung **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) vorgestellt. In der Aussprache wurden Ergänzungen diskutiert, u. a. die Betonung einer transatlantischen Partnerschaft in Fragen der Energiesicherheit, eine stärkere Kooperation mit den VN bei Friedens- und Stabilisierungseinsätzen, die Herausforderungen aufgrund der Konflikte im Mittelmeerraum sowie die russische Aggression gegenüber der Ukraine. Die Versammlung verabschiedete die Erklärung mit zahlreichen Änderungen und Ergänzungen.

VII. Bericht des Schatzmeisters der Versammlung, Abgeordneter Marc Angel (Luxemburg), und Abstimmung über die Dokumente zum Haushalt 2013

Der Schatzmeister Abgeordneter **Marc Angel** (Luxemburg) stellte seinen Berichtsentwurf, den geprüften Jahresabschluss vom 31. Dezember 2013 sowie den geprüften Jahresbericht über den Vorsorgefonds 2013 vor. Die Versammlung nahm die Dokumente in der jeweils vorgelegten Fassung an.

Berlin, den […]

Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers, MdB
Leiter der Delegation

Minister Lorenz Caffier (Bundesrat)
Leiter der Delegation des Bundesrates

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Abkürzungsverzeichnis

ACT	Allied Command Transformation
ANSF	Afghan National Security Forces (afghanische nationale Sicherheitskräfte)
BEMIP	Baltic Energy Market Interconnection Plan
BSP	Bruttosozialprodukt
CETA	Comprehensive Economic and Trade Agreement (Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen, zwischen Kanada und der EU)
EDA	European Defence Agency (Europäische Verteidigungsagentur)
ENSEC	Energy Security Center of Excellence (Exzellenzzentrum für Energiesicherheit)
EU	Europäische Union
IAEA	International Atomic Energy Agency (Internationale Atomenergie-Organisation)
INF	Intermediate-Range Nuclear Forces (Nuklearwaffen mittlerer Reichweite)
ISAF	Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe (International Security Assistance Force)
ISR	Intelligence, Security and Reconnaissance (Nachrichtengewinnung, Überwachung und Aufklärung)
IWF	Internationaler Währungsfond
MALE	medium altitude, long-endurance (mittlere Flughöhe, lange Flugdauer)
MAP	Membership Action Plan (Aktionsplan zur Mitgliedschaft)
MENA	Middle East and North Africa (Naher Osten und Nordafrika)
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikvertrags-Organisation)
NATO PV	Parlamentarische Versammlung der NATO
NSU	Nationalsozialistischer Untergrund
REP	Readiness Action Plan (Aktionsplan zur Reaktionsfähigkeit)
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, zwischen den USA und der EU)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
VN	Vereinte Nationen

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Anlage

E r k l ä r u n g 408

betreffend

DIE TRANSATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN*

Eine gemeinsame Geschichte, eine gemeinsame Zukunft:
Eine erneuerte transatlantische Partnerschaft für ein starkes Bündnis

1. Die transatlantischen Beziehungen sind und bleiben der Mittelpunkt und die tragende Säule des Bündnisses. Die Stärke dieser Beziehungen liegt in der gemeinsamen Geschichte Europas und Nordamerikas und in unseren fortbestehenden gemeinsamen Werten und Interessen. Vor dem Hintergrund eines sich kontinuierlich wandelnden und immer komplexer werdenden sicherheitspolitischen Umfelds stehen Europa und Nordamerika vor gemeinsamen Herausforderungen. Die NATO ist ein einzigartiges Forum, in dem Europäer und Nordamerikaner sich über alle Herausforderungen beraten und abstimmen können; dieser intensive, umfassende und ständige Konsultationsprozess trägt zur Bewahrung und Stärkung unseres politischen Zusammenhalts bei. Die transatlantischen Beziehungen manifestieren sich letztlich im unverbrüchlichen Bekenntnis zur kollektiven Verteidigung nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrags.

2. Die transatlantischen Beziehungen gab es aber bereits vor der NATO, und sie reichen über die NATO hinaus. Sie beruhen auf dem historischen Bündnis Europas und Nordamerikas für ein freies und friedliches Europa und in unserem gemeinsamen Bekenntnis zur Förderung einer internationalen Ordnung, die die Freiheit, die unveräußerlichen Rechte und die wirtschaftlichen Chancen für alle Menschen garantiert.

3. Aufbauend auf diesen beiden Grundpfeilern müssen Europa und Nordamerika eine modernisierte und verstärkte transatlantische Partnerschaft neu definieren, die auch in Zukunft als feste Grundlage der NATO fungieren wird. Wir sind stolz auf unsere gemeinsame Geschichte. Jetzt müssen wir unsere gemeinsame Zukunft definieren.

4. Im Folgenden haben wir, die Parlamentsabgeordneten aus Europa und Nordamerika, die gewählten Vertreter der Bürger des Bündnisses, die Vision skizziert, die wir unseren Regierungen im Vorfeld des NATO-Gipfels im September 2014 in Wales unterbreiten möchten:

1. Ein Bündnis für die Bürger heute und in Zukunft aufbauen

5. Die transatlantischen Beziehungen sind sehr stabil, sollten aber nicht als selbstverständlich betrachtet werden. Wir müssen dafür sorgen, dass neue Generationen – d. h. unsere Jugend und unsere zukünftigen Führungspersönlichkeiten – den einmaligen Charakter des transatlantischen Bandes und den Wert des Bündnisses verstehen.

6. In all unseren Ländern schwindet allmählich die Erinnerung an das außergewöhnliche Engagement und die Opfer, die unsere Vorväter für Frieden und Freiheit in Europa geleistet haben. In einer globalisierten und miteinander vernetzten Welt schwindet auch unter unseren Bürgern das Gefühl, Teil einer einzigartigen transatlantischen Gemeinschaft zu sein. Wir brauchen aktive Maßnahmen in allen Bereichen der Kultur, Bildung, Medien, Diplomatie und Wirtschaft, um **eine erneuerte transatlantische Kultur zu schaffen**, und wir müssen Ressourcen für diese Maßnahmen bereitstellen. Als erste Maßnahme sollten wir neue transatlantische Stipendien für zukünftige Führungspersönlichkeiten in den Bereichen Außenpolitik, Verteidigung, Wirtschaft und Naturwissenschaften einführen.

7. Die Ziele und Missionen unserer Verteidigung sind ebenfalls vielfältiger und komplexer geworden, so dass es schwieriger ist, das Verständnis und die Unterstützung unserer Bürger dafür zu gewinnen. Gleichwohl hängt die zukünftige Stärke des Bündnisses und der transatlantischen Beziehungen von der Unterstützung und

* Vorgelegt vom Ständigen Ausschuss und verabschiedet von der Plenarversammlung am Freitag, 30. Mai 2014, in Wilna (Litauen).

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

vom Vertrauen der Öffentlichkeit ab. Unsere Bürger müssen ihre eigene Sicherheit spüren und eigenverantwortlich gestalten. Dazu müssen wir **noch mehr Transparenz fordern und unsere jeweilige Öffentlichkeit stärker in Diskussionen und Entscheidungen über unsere gemeinsame Verteidigung einbinden**.

8. Mehr finanzielle Transparenz stärkt das Vertrauen der Öffentlichkeit. Das Bündnis muss die Beweggründe erläutern, die hinter seiner Arbeit stehen, und über die Art und Weise Rechenschaft ablegen, in der es seine Arbeit durchführt.

9. Gemeinsam mit der NATO müssen wissenschaftliche Einrichtungen, die nationalen Atlantischen Gesellschaften und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen und unsere Regierungen und Parlamente **jährliche nationale Aktionspläne zur Aufklärung der Öffentlichkeit über die verteidigungspolitischen Erfordernisse des 21. Jahrhunderts und die Förderung der Werte und Ziele der transatlantischen Sicherheitspartnerschaft entwickeln**. Diese Aktionspläne sollten regelmäßige Aufklärungskampagnen über nationale verteidigungspolitische Prioritäten und die Vorteile und den Mehrwert der NATO beinhalten sowie regelmäßige öffentliche Konsultationen über Verteidigungsstrategien und -prioritäten und eine stärkere Außenwirkung der Verteidigungsinstitutionen in den sozialen Medien umfassen.

10. Wir sollten **unsere Bemühungen um die Förderung der Vertretung und vollständigen Einbeziehung von Frauen in verteidigungs- und sicherheitspolitischen Institutionen verstärken**.

11. Für die Schaffung der Grundlagen für eine effektive Verteidigung und den Versuch, die Notwendigkeit der Zweckmäßigkeit mit dem Erfordernis der demokratischen Legitimität zu vereinbaren, ist die **parlamentarische Unterstützung von grundlegender Bedeutung**. Die Parlamentarische Versammlung der NATO und ihre Mitglieder spielen eine entscheidende Rolle bei der Förderung der Transparenz der NATO-Politik und Sicherung der öffentlichen Unterstützung für diese Politik sowie der Unterstützung der transatlantischen Beziehungen unter den aktuellen und zukünftigen Entscheidungsträgern.

2. Den transatlantischen Zusammenhalt und die transatlantische Solidarität bekräftigen

12. Das Bündnis wird weniger am Fehlen von Differenzen – diese werden auch weiterhin bestehen –, sondern an der Fähigkeit gemessen, mit diesen Differenzen so umzugehen, dass unsere jeweiligen Stärken und Sichtweisen gemeinsam zum Tragen kommen und in die gleiche Richtung weisen. Um dies zu erreichen, müssen wir dafür sorgen, dass unsere **individuellen bzw. regionalen Interessen auch unsere gemeinsamen Interessen berücksichtigen und dass wirtschaftliche oder sonstige Erwägungen die Sicherheitsinteressen nicht gefährden**.

13. Unsere Priorität sollte darin bestehen, den transatlantischen Zusammenhalt und die transatlantische Solidarität zu bewahren und zu stärken und dies auf neue und sichtbare Weise zu demonstrieren.

14. Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) und das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen Kanada und der EU (CETA) stellen eine historische Chance dar, **unser Bekenntnis zu den politischen und wirtschaftlichen Werten**, die die Grundlage des transatlantisches Bandes bilden und **zu deren Unterstützung wir uns in Artikel 2 des Nordatlantikvertrags verpflichtet haben, und unseren Glauben daran zu bekräftigen**.

3. Die transatlantische Partnerschaft im Bereich der Energiesicherheit stärken

15. Die fortwährenden Ereignisse in der Ukraine erinnern uns nachhaltig daran, dass Energiesicherheit eine Kernaufgabe des Bündnisses sein muss.

16. Europa und Nordamerika sollten den Zugang zu den Energieressourcen des jeweils anderen erleichtern, um die Abhängigkeit von Einfuhren aus Drittstaaten zu verringern. Unser Ziel sollte die Schaffung einer echten transatlantischen Energiegemeinschaft sein.

17. Europa und Nordamerika müssen sich auch in Zukunft gemeinsam für die Schaffung eines wettbewerbsfähigeren, transparenteren und diversifizierteren Erdgasmarkt einsetzen, beispielsweise mithilfe von Initiativen wie „US LNG Exports" und dem Südlichen Gaskorridor, die zur Stärkung der Unabhängigkeit des Bündnisses beitragen werden.

4. Verdeutlichen, dass das Bündnis auch in Zukunft für ein ganzes und freies Europa, für universelle Werte und für ein auf Regeln beruhendes internationales System eintritt

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

18. Die aktuelle Krise in der Ukraine sollte für uns Anlass sein, unser Bekenntnis zu einem gesamten und freien Europa, zu grundlegenden Menschenrechten und politischen Rechten und zu einem auf Regeln beruhenden internationalen System zu bekräftigen – ein Bekenntnis, das die eigentliche Grundlage für die transatlantische Partnerschaft bildet.

19. Ein ganzes, freies und friedliches Europa ist nach wie vor ein zentrales Ziel der Bündnispartner diesseits und jenseits des Atlantiks. Das Bündnis ist ein Symbol für freie und demokratische Entscheidungen aller Völker. Wir sollten auch weiterhin das Recht der Völker, ihren eigenen außenpolitischen Kurs ohne äußere Einmischung und Destabilisierung zu bestimmen, anerkennen und unterstützen.

20. Das Bündnis ist ein Anker der Stabilität, der immer wieder für neue Mitglieder attraktiv ist, die sich ebenfalls zur kollektiven Verteidigung und zu den gemeinsamen Werten der Demokratie, Freiheit des Einzelnen und Rechtsstaatlichkeit bekennen. **Die NATO hält ihre Tür weiterhin für alle europäischen Völker offen, die willens und in der Lage sind, ihre Werte, Ziele und Grundsätze zu fördern und einen Beitrag zur euroatlantischen Sicherheit zu leisten.** Das Bündnis unterstützt in vollem Umfang die beitrittswilligen Länder Bosnien und Herzegowina, Georgien, die ehemaligen jugoslawische Republik Mazedonien[1] und Montenegro in ihrem Bestreben, NATO-Mitglieder zu werden.

21. Wie im Nordatlantikvertrag vorgesehen muss die NATO darüber hinaus auch weiterhin **den effektiven Multilateralismus verteidigen, der auf den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen beruht**.

5. Die herausragende Bedeutung von Artikel 5 bekräftigen

22. Die in Artikel 5 des Nordatlantikvertrags verankerte **kollektive Verteidigung** ist und bleibt der wichtigste Zweck des Bündnisses und letztendlicher Ausdruck der transatlantischen Beziehungen. **Es gibt keinen Zweifel an der Entschlossenheit und Fähigkeit der Bündnispartner, ihre Verpflichtungen nach Artikel 5 zu erfüllen.** Wir müssen unsere Entschlossenheit und Bereitschaft auch weiterhin mithilfe effektiver und sichtbarer Maßnahmen verdeutlichen.

6. Gemeinsame Antworten auf gemeinsame Herausforderungen geben

23. In einem sich ständig weiterentwickelnden sicherheitspolitischen Umfeld bietet die **NATO Europa und Nordamerika einen einzigartigen transatlantischen Rahmen für die Entwicklung gemeinsamer Antworten auf gemeinsame Herausforderungen:** Terrorismus, Internet-Bedrohungen, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und die Art und Weise ihrer Verbreitung. Der Raketenabwehrschirm der NATO stellt eine der wichtigsten transatlantischen Unternehmungen in diesem Bereich dar.

24. **Ernährungs-, Energie- und Umweltsicherheit sowie Wirtschaftsmigration und konfliktgesteuerte Migration** sind weitere neue Herausforderungen, die sich zukünftig stellen werden. Die NATO muss nicht die vorrangige Institution für die Abwendung und Bekämpfung von Problemen oder die Reaktion auf Probleme in diesen Bereichen sein, **muss aber gemeinsam mit anderen Organen handeln können**.

7. Den Beitrag des Bündnisses zu Krisenprävention und Krisenmanagement stärken

25. Die Bündnispartner werden auch in Zukunft die NATO auffordern, Krisen zu steuern – vor allem in der euroatlantischen Nachbarschaft.

26. Das Bestreben, Konflikte mit diplomatischen Mitteln zu verhindern bzw. zu lösen, steht nicht im Widerspruch zu der Notwendigkeit, starke militärische Fähigkeiten vorzuhalten. **Um politische Lösungen herbeizuführen, brauchen wir eine glaubwürdige Verteidigung und Abschreckung, und wir müssen unsere Bereitschaft deutlich machen, diese zu nutzen.**

27. Die NATO sollte **bereit sein, bei Natur- oder Wirtschaftskatastrophen oder humanitären Katastrophen militärische, aber auch nicht-militärische Hilfe zu leisten**. Dazu müssen wir **unsere Möglichkeiten stärken, zukünftige Krisen - insbesondere in der Nachbarschaft - zu antizipieren**.

[1] Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien mit ihrer verfassungsmäßigen Bezeichnung an.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

28. Die NATO sollte in diesen Bereichen **in Abstimmung mit der Europäischen Union und weiteren internationalen oder regionalen Organisationen** agieren und dabei die jeweiligen Zuständigkeiten und Fachkenntnisse der Organisationen achten.

29. Die Bündnispartner sollten prüfen, inwieweit sie **zukünftige Stabilisierungs- und Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen**, die direkt kollektive Sicherheitsinteressen berühren, im Rahmen des Nordatlantikvertrags unterstützen können, indem sie beispielsweise bestimmte Güter oder Einheiten benennen, die gemeinsam als Teil eines abgestimmten NATO-Beitrags zu Operationen der VN genutzt werden könnten.

30. Die NATO-Mitglieder sehen sich einer ganzen Reihe von Herausforderungen gegenüber, die in der MENA-Region (Naher Osten und Nordafrika) entstanden sind und aus dem langwierigen Krieg in Syrien, der fortwährenden Instabilität in Libyen, dem zum Erliegen gekommenen Reformprozess in Ägypten und den sich verschärfenden staatspolitischen Herausforderungen bestehen; diese Herausforderungen sind Resultat des Zerfalls der staatlichen Kontrolle in verschiedenen Ländern, in denen es Gebiete gibt, die keinerlei staatlicher Kontrolle unterliegen und in denen sich Terrorgruppen und Drogen- und Menschenhändler ungehindert ausbreiten können. Deshalb muss sich das Bündnis darauf einstellen, bei regionaler Instabilität zu handeln. Schwache Regierungen, fehlende Rechtstaatlichkeit und Waffenschmuggel in weiten Teilen der MENA-Region sind ein hervorragender Nährboden für Gruppen wie Al-Qaida in den islamischen Maghreb-Staaten. Einiges deutet bereits darauf hin, dass Extremisten sich mit kriminellen Gruppen in Mali und Libyen zusammengeschlossen haben.

8. Die Glaubwürdigkeit und Stärke unserer transatlantischen Verteidigung bewahren

31. Die Bedrohungen der heutigen Zeit werden immer vielfältiger, komplexer und unberechenbarer. Wenn wir unsere Fähigkeit, unsere Bürger zu schützen, bewahren wollen, müssen wir auch weiterhin in eine starke, glaubwürdige Verteidigung und Abschreckung investieren.

32. Leider wurden viele Verpflichtungen, die in der Vergangenheit in Bezug auf die Fähigkeiten eingegangen wurden, in der Praxis nicht vollständig umgesetzt. Der Rückgang der Investitionen in die Verteidigung ist mittlerweile so weit gediehen, dass unsere Fähigkeit, angemessen auf aktuelle und zukünftige Bedrohungen zu reagieren, in Frage gestellt ist. Wir müssen unsere **in Artikel 3 des Nordatlantikvertrags verankerte Verpflichtung erfüllen**, „einzeln und gemeinsam durch ständige und wirksame Selbsthilfe und gegenseitige Unterstützung die eigene und die gemeinsame Widerstandskraft gegen bewaffnete Angriffe [zu] erhalten und fort[zu]entwickeln".

33. Die aktuelle wirtschaftliche Lage hat zu deutlichen Kürzungen in unseren Verteidigungshaushalten geführt. Wir müssen **dafür sorgen, dass zukünftige Entscheidungen** über unsere nationale und kollektive Verteidigung zuallererst nach politischen Erwägungen getroffen werden, wobei die verfügbaren Ressourcen zu berücksichtigen sind. Wenn wir keine ausreichenden Mittel für eine angemessene Verteidigung bereitstellen, zahlen wir dafür einen hohen politischen und sicherheitspolitischen Preis. Aufgrund der langen Vorlaufzeiten für die Gewinnung und Ausbildung und das ständige Training von Personal, die Beschaffung von komplexen und kostspieligen Verteidigungsfähigkeiten und die Herbeiführung der Interoperabilität von Personal und Ausrüstung können die Verteidigungsausgaben nicht einfach nach Gutdünken gekürzt oder erhöht werden.

34. Die NATO muss **in Bezug auf militärische Effektivität auch weiterhin weltweit führend sein**. Das Bündnis muss seinen technologischen Vorsprung bewahren und dazu in die zukünftig benötigten Fähigkeiten investieren. Zu diesem Zweck sollte sie **Forschung und Entwicklung und die Bedeutung einer starken industriellen Basis** diesseits und jenseits des Atlantiks in den Vordergrund stellen.

35. **Eine bessere Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Fähigkeiten** mithilfe der „Smart Defence" trägt dazu bei, dass wir für die Mittel, die wir in unsere Verteidigung stecken, einen höheren Gegenwert erhalten, sie wird aber nicht ausreichende Verteidigungsausgaben nicht kompensieren können.

36. **Mehrausgaben für die Interoperabilität in Friedenszeiten** werden dazu beitragen, dass unsere Soldatinnen und Soldaten die Zusammenarbeit pflegen, die sie im Rahmen der Operationen der letzten zwanzig Jahre entwickelt haben.

9. Die Bedingungen für einen neuen Pakt zwischen den europäischen und nordamerikanischen Bündnispartnern festlegen

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

37. Wir müssen die Bedingungen **für einen neuen Pakt zwischen den europäischen und nordamerikanischen Bündnispartnern** festlegen. Dem derzeit empfundenen Ungleichgewicht bei der Verteilung der Lasten für unsere Sicherheit sollte abgeholfen werden.

38. **Die europäischen Bündnispartner sollten sich stärker in die NATO und ihre eigene Sicherheit einbringen.** Die NATO sollte den europäischen Bündnispartnern nicht als Vorwand oder Vehikel dafür dienen, die Verantwortung für ihre Sicherheit an die Vereinigten Staaten zu delegieren. Ein stärkeres Europa in der NATO bedeutet eine stärkere NATO. **Nordamerika wiederum sollte der Zusammenarbeit mit den europäischen Bündnispartnern bei Forschung und Innovation und Partnerschaften in der Rüstungsindustrie offener gegenüberstehen.**

39. Die europäischen Bündnispartner sollten die zunehmende Bedeutung der politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen in Asien verstehen und anerkennen. **Die nordamerikanischen und europäischen Bündnispartner** werden auch in Zukunft die jeweiligen Wunschpartner sein und **sollten gemeinsame Ansätze für den Umgang mit regionalen und globalen sicherheitspolitischen Herausforderungen entwickeln**.

40. Die NATO und die Europäische Union müssen dringend einen Plan entwickeln, damit gewährleistet ist, dass die Stärken und Fähigkeiten beider Organisationen auf kohärente Weise eingesetzt werden, um den Herausforderungen, denen sich ihre Mitgliedsländer gegenübersehen, auf bestmögliche Weise begegnen zu können.

10. Die Partnerländer für unsere gemeinsame Sicherheit gewinnen

41. Die Einbindung der Partnerländer gehört zu den Erfolgsgeschichten der NATO und trägt zur Lebendigkeit des Bündnisses bei. Partnerschaften können ein starkes transatlantisches Bündnis nicht ersetzen, aber ergänzen. Wir müssen **auch weiterhin mit Partnern zusammenarbeiten, um gemeinsamen sicherheitspolitischen Herausforderungen zu begegnen, und die Möglichkeiten der Partner stärken, ihre eigenen sicherheitspolitischen Herausforderungen zu meistern**.

11. Die NATO-Russland-Partnerschaft neu bewerten

42. Wenn Partnerschaften neben gemeinsamen Interessen auch auf vereinbarten gemeinsamen Werten und Grundsätzen beruhen, muss jeglicher Verstoß gegen diese Werte und Grundsätze Konsequenzen haben. Russlands Aggressionen gegenüber der Ukraine, die unrechtmäßige und illegitime Besetzung der Krim und eine konzertierte Gewaltkampagne von Seiten prorussischer Separatisten, die versuchen, die Ukraine als souveränen Staat zu destabilisieren, haben die Grundlage unserer Partnerschaft in Frage gestellt. Wir müssen jetzt die neuen Bedingungen für diese Partnerschaft festlegen. Jegliche weitere militärische Einmischung von Seiten Russlands unter einem beliebigen Vorwand wird die internationale Isolation Russlands weiter verschärfen.

43. Die russische Militärintervention – zuerst in Georgien und jetzt in der Ukraine – stellt einen historischen Wendepunkt dar und zeigt, dass das europäische Sicherheitsumfeld störanfällig und unberechenbar ist.

E r k l ä r u n g 409

betreffend

DIE NATO-ERWEITERUNG*

Die Versammlung,

1. ***unter Hervorhebung der Tatsache***, dass die NATO seit ihrer Schaffung durch die zwölf Gründerstaaten am 4. April 1949 eine Säule der Stabilität im euroatlantischen Raum und nach wie vor für neue Mitglieder

* Vorgelegt vom Ständigen Ausschuss und verabschiedet von der Plenarversammlung am Freitag, 30. Mai 2014, in Wilna (Litauen).

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

attraktiv ist, die das Bekenntnis zur kollektiven Verteidigung und zu den gemeinsamen Werten der Demokratie, Freiheit des Einzelnen und Rechtsstaatlichkeit teilen;

2. ***unter Hinweis darauf***, dass das Jahr 2014 den 15. Jahrestag der NATO-Mitgliedschaft der Tschechischen Republik, Ungarns und Polens, den 10. Jahrestag der Mitgliedschaft Bulgariens, Estlands, Lettlands, Litauens, Rumäniens, der Slowakei und Sloweniens und den 5. Jahrestag der Mitgliedschaft Albaniens und Kroatiens bildet;

3. ***in der Überzeugung***, dass die NATO-Erweiterung ein eindeutiger Erfolg als entscheidender Faktor für Stabilität und Wohlstand in Europa und als Katalysator für die Konsolidierung der Demokratie, Stärkung der Rolle der Rechtsstaatlichkeit, Förderung von Toleranz und Menschenrechten und Sicherstellung der zivilen Kontrolle des Militärs ist;

4. ***unter Hervorhebung der Tatsache***, dass die Erweiterung der NATO für kein Land eine Bedrohung darstellt, sondern vielmehr die Sicherheit und Stabilität der euroatlantischen Region verbessert;

5. ***unter Hervorhebung*** des positiven Beitrags der neuen NATO-Mitgliedstaaten zu den Verteidigungsfähigkeiten des Bündnisses;

6. ***unter Hinweis auf*** ihren historischen Beitrag zu früheren NATO-Erweiterungen und ihre fortwährende Unterstützung der Politik der offenen Tür;

7. **BEGLÜCKWÜNSCHT** die Völker Albaniens, Bulgariens, Estlands, Kroatiens, Lettlands, Litauens, Polens, Rumäniens, der Slowakei, Sloweniens, der Tschechischen Republik und Ungarns zum jeweiligen Jahrestag ihrer Mitgliedschaft im Nordatlantikbündnis;

8. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. ihr entschlossenes politisches Bekenntnis zur Politik der offenen Tür und zur euroatlantischen Perspektive für die Länder, die die NATO-Mitgliedschaft anstreben, zu bekräftigen;

b. die Durchführung von politischen Maßnahmen zur Förderung von Partnerschaften und der Zusammenarbeit mit den Partnerländern weiterzuverfolgen;

c. die Fortschritte in den Beitrittsländern anzuerkennen und zu erwägen, auf dem NATO-Gipfel in Wales auf der Grundlage der Ergebnisse der umfassenden Überprüfung, die im Juni abgeschlossen werden soll, die nächsten Schritte im NATO-Erweiterungsprozess zu unternehmen, und insbesondere

   i. den Beschluss des Gipfels in Bukarest von 2008, Georgien als Mitglied in die NATO aufzunehmen, weiterzuverfolgen und Georgien durch die Gewährung eines Aktionsplans für die Mitgliedschaft (*Membership Action Plan*) näher an die Mitgliedschaft heranzuführen;

   ii. verschiedene neu konzipierte konkrete Maßnahmen zu verabschieden, um Bosnien und Herzegowina bei der Erfüllung der Bedingungen für die Aktivierung des Aktionsplans für die Mitgliedschaft zu unterstützen;

   iii. Montenegro den Weg für die Mitgliedschaft im Bündnis zu ebnen;

   iv. Skopje und Athen aufzufordern, sich verstärkt um eine Lösung der 'Namensfrage' zu bemühen und auf diese Weise der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien[2] den Weg zur Mitgliedschaft im Bündnis zu ebnen;

9. **SAGT ZU**, den beitrittswilligen Ländern wie bereits in der Vergangenheit bei der Erreichung ihres Ziels der NATO-Mitgliedschaft jedwede Unterstützung zu gewähren.

[2] Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien mit ihrer verfassungsmäßigen Bezeichnung an.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

E r k l ä r u n g 410

betreffend

DIE UNTERSTÜZUNG DER UKRAINE*

Die Versammlung,

1. ihre Solidarität mit dem ukrainischen Volk, das seine nationale Unabhängigkeit und territoriale Integrität verteidigt, ***zum Ausdruck bringend***;

2. ***äußerst beunruhigt über*** die Entschließungen der russischen Duma und des russischen Föderationsrats in Bezug auf die Legitimierung der Anwendung militärischer Gewalt in der Ukraine;

3. ***unter Verurteilung*** der illegalen Annektierung der Krim durch Russland und Russlands militärische und weitere Maßnahmen zur Destabilisierung und Unterminierung der Souveränität weiterer Teile der Ukraine und insbesondere ihrer südöstlichen Regionen;

4. ***unter Missbilligung*** der fortwährenden Entsendung nicht gekennzeichneter uniformierter Truppen und des Rückgriffs auf Stellvertreter von Seiten Russlands als Taktik, um die Beteiligung an einer eindeutigen und unwiderlegbaren Aggression und Besetzung zu leugnen;

5. ***unter Missbilligung*** der Anwendung von Einschüchterung, Folter und Mord im Rahmen der Maßnahmen zur Destabilisierung der Ukraine;

6. ***zutiefst beunruhigt*** darüber, dass Russland nach der Besetzung der georgischen Regionen Abchasien und Südossetien im Jahr 2008 und den aktuellen rechtswidrigen Maßnahmen in der Ukraine ein Muster der Anwendung militärischer Gewalt gegen die Hoheitsgebiete benachbarter Staaten sowie deren rechtswidriger Besetzung und mittlerweile auch rechtswidriger Annektierung entwickelt hat;

7. ***äußerst besorgt*** über Russlands eklatanten Verstoß gegen internationale rechtliche Pflichten und Verpflichtungen, darunter das Budapester Memorandum, in dem Russland die territoriale Integrität der Ukraine garantiert hat;

8. ***in Trauer*** um die Menschen in der Ukraine, die in diesem Konflikt ums Leben gekommen sind;

9. ***unter Begrüßung*** der erfolgreichen Durchführung der Präsidentschaftswahlen vom 25. Mai und der hohen Wahlbeteiligung an den Orten, an denen die Stimmabgabe stattfand ungeachtet eines äußerst schwierigen Umfelds und der fortwährenden Destabilisierung, die ukrainische Bürger auf der Krim und in Teilen der Oblast Lugansk und Donezk an der Ausübung ihres qua Verfassung verankerten Wahlrechts hinderte;

10. ***in der Überzeugung***, dass diese Wahlen ein entscheidender Schritt in Richtung der Konsolidierung der Demokratie in der Ukraine und ein klares Signal zugunsten der nationalen Einheit sind;

11. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses und die Europäische Union **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. ihre politische, finanzielle, wirtschaftliche, materielle und technische Unterstützung für die ukrainische Regierung, das ukrainische Volk und die Bemühungen der Ukraine um den Aufbau eines starken, verantwortlichen und demokratischen Staates, der die Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit garantiert, auszuweiten;

b. zu bekräftigen, dass Russlands illegale Landbesetzungen nicht anerkannt werden, und strengere Sanktionen gegenüber wichtigen russischen Staatsvertretern und Einheiten zu verhängen, bis die Aggression gestoppt wird;

* Vorgelegt von Hugh Bayley (Vereinigtes Königreich), Präsident der Parlamentarischen Versammlung der NATO, und verabschiedet von der Plenarversammlung am Freitag, 30. Mai 2014, in Wilna (Litauen).

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

c. die Maßnahmen zur Verteidigung der mittel- und osteuropäischen Bündnispartner zu verstärken und die feste Entschlossenheit der NATO zu demonstrieren, die territoriale Integrität all ihrer Mitglieder zu schützen;

d. ihre Kommunikationspolitik gegenüber der Öffentlichkeit zu verstärken, um Russlands irreführenden Desinformations- und Propagandakampagnen entgegenzutreten;

12. **FORDERT** den neu gewählten Präsidenten, die Regierung und das Parlament der Ukraine **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. in Bezug auf die vollständige Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung und der Rechtsstaatlichkeit auf ihrem Hoheitsgebiet verhältnismäßige Mittel anzuwenden;

b. mithilfe konkreter Schritte allen Bürgern der Ukraine zu versichern, dass die Ukraine gewissenhaft die bürgerlichen Rechte und Menschenrechte sowie die Rechte von Menschen, die nationalen Minderheiten angehören, schützen wird, entschlossen gegen Korruption, oligarchische Strukturen und wirtschaftliche Ungleichheit vorzugehen und die Unabhängigkeit der Justiz zu stärken;

13. **FORDERT** die Russische Föderation **AUF**,

a. unverzüglich die nicht hinnehmbare Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine sowie die Truppenaufmärsche entlang der russischen Westgrenze zu stoppen und die prorussischen Kräfte im Südosten der Ukraine öffentlich nachdrücklich aufzufordern, sich an die Genfer Vereinbarungen vom 17. April 2014 zu halten;

b. einen direkten und echten Dialog mit dem neu gewählten Präsidenten der Ukraine und der Regierung zu führen, um eine friedliche Lösung des Konflikts herbeizuführen und der Krim die Rückkehr unter die Kontrolle und Hoheitsgewalt der Ukraine zu ermöglichen;

c. den Grundsatz zu achten, dass alle Länder - einschließlich der Ukraine - frei und eigenständig und entsprechend ihren jeweiligen nationalen Verfassungen und Gesetzen ihre internationalen wirtschaftlichen und politischen Bestrebungen und Mitgliedschaften auswählen und diesbezügliche Entscheidungen treffen können;

d. die Besetzung ihrer Nachbarn zu stoppen;

e. die Grundsätze der Freiheit der Meinungsäußerung und der Pressefreiheit zu beachten und zu wahren und keine falschen Informationen zu verbreiten, die ein verzerrtes Bild über die Lage in der Ukraine und die Auffassungen der Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung bzw. der ethnischen Gruppen in der Region vermitteln sollen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.